

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepalte Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **470000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Der Weg zur Klärung.

Seit sich Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die Konservativen und Nationalliberalen unter dem Motto: Schutz der nationalen Arbeit gefunden hatten, sind sie leidlich gut miteinander ausgekommen. Die Kräfte der Konservativen und Nationalliberalen höhere Industriezweige, und die Schlotjunger vergaltten das damit, daß sie den Kräfte der Nationalliberalen höhere Industriezweige bewilligten. Sie trafen sich in der Fernhaltung von indirekten Reichsteuern, schonten die Grundrente und den Kapitalprofit und halfen in einmütigem Zusammenwirken die Lasten des Reiches dem arbeitenden Volke auf. Sie schufen beide mit am Zustandekommen des Sozialistengesetzes, ebenso wie an seiner Ergänzung: der Arbeiterversicherungsgefeßgebung, die bestimmt war, die Arbeiter, nachdem man sie gefesselt, mit dem Staate wieder zu versöhnen. Und beide erwiesen sich als hervorragend „nationale“ Parteien, sie dankten der Regierung, die so väterlich für Kräfte wie für Schlotjunger sorgte, dadurch, daß sie jede Heeres- und Marinevorlage in der von oben gewünschten Höhe bewilligten und jeden als Reichsfeind verfeimten, der sich nicht mit gleichem Eifer an dem ewigen Wettrüsten beteiligte. Das intime Verhältnis der Konservativen und Liberalen sollte seine Ordnung erhalten in der von Bismarck ins Werk gesetzten Blockpolitik, der Paarung konservativen und liberalen Geistes. Man weiß, daß das Paarungsmerk nicht über einen miltungenen Versuch hinaus kam, daß bei der Finanzreform das Bündnis in die Brüche ging und seit dieser Zeit Nationalliberale und Konservative nicht gut aufeinander zu sprechen sind. Groß waren die Meinungsunterschiede, die zum Bruche führten, ja nicht. Die Konservativen wollten — gründlich und folgerichtig, wie sie in der Ausnützung anderer ja nun etwmal sind — die gesamte halbe Milliarde neuer Steuern auf indirekten Wege aus den Taschen des Volkes ziehen, während die Liberalen des guten Aussehens wegen es bei 400 Millionen Mark indirekter Steuern bewenden lassen und für die übrigen 100 Mill. die Erbschaften der Reichen heranziehen wollten. Man sieht, daß der Unterschied nicht allzugroß war und die Nationalliberalen waren auch, wenn sie auf die 100 Millionen Erbschaftsteuer bestanden, keineswegs mit ihrem menschenfreundlichen Herzen dabei. Sie hatten gemerkt, wie ihnen die Tatsache, daß alle Bedürfnisse des Reiches nur durch Belastung der Lebens-, Genuss- und Verbrauchsmittel der breiten Masse aufgebracht werden, bei der Agitation schadet, wie gerade dadurch der Sozialdemokratie ein vorzügliches Werbe- und Kampfmittel gegen die Liberalen in die Hand gegeben wird. Sie wollten vorbeugen für die nächste Reichstagswahl, und daher ihr Eintreten für die Erbschaftsteuer, daher ihre Forderung, daß wenigstens ein Fünftel der halben Milliarde aus dem Vermögen der Besitzenden herausgeholt werde. Die Not trieb sie dazu, die Sorge um die Erhaltung ihrer Mandate, und da sie diese doch nicht ganz den Konservativen opfern konnten, kam es zum Bruch, zur offenen Feindschaft, die ihren Ausdruck fand in der Gründung des Kampfbundes, der liberalen Abwehrorganisation gegen den konservativen Bund der Landwirte.

Nun weiß man, daß die Nationalliberalen keine so einheitliche, wirtschaftlich und politisch in sich geschlossene Partei sind. Wir haben darin einen rechten Flügel, der von den Herren der schweren Industrie geführt wird und dessen Angehörige eifersüchtig, ohne an ihren Anschauungen etwas ändern zu brauchen, sich zu den Freikonservativen heben konnten. Wir haben eine mittlere Richtung, die sich von Wassermann führen läßt; diese leitet über zu dem linken Flügel, den Jungliberalen, die viel radikale Worte machen, um, wenn es auf die Tat ankommt, in der Ohnmacht und der Abhängigkeit von den Alten stehen zu bleiben. Die Wassermannerei und ihr jungliberaler Ausläufer hat es bis auf weiteres mit den Konservativen vollständig verschüttet; sie gilt den Junkern als „demokratisch“, als „sozialistisch“ sogar, und die Junker finden in dieser Anschauung Bundesgenossen in dem rechten Flügel der Nationalliberalen, die nicht minder glühend auf Wassermann und seinen jungliberalen Anhang. Es ist die Sozialpolitik, die die Machthaber der schweren Industrie gegen den Teil der Partei aufgebracht hat, der einer etwas freieren Auffassung zuneigt, der den brutalen Herrenstandpunkt der Ribdorf, Bued, Kille und Genossen für beheblich hält und der Meinung ist, daß die deutsche Industrie auch dann noch genug Gewinn für das Unternehmertum abwirft, wenn sie den Arbeitern das Koalitionsrecht und Tarifverträge bewilligt. Diesen Zwiespalt im Lager der Nationalliberalen haben die Konservativen schlau ausgenützt, um den rechten Flügel der Nationalliberalen zu sich hinüberzuziehen. Seit einiger Zeit wirken ihre Sendboten im industriellen Westen und verbinden hier, daß die Industrie stets bei den Konservativen das beste Verständnis und die regie Förderung gefunden habe und weiter finden werde. Im vergangenen März ist in Wanne ein konservativer Wahlverein für den Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen gegründet worden. Die politische Entwicklung, so wurde da verkündet, erfordere ein Zusammengehen und den Zusammenstoß aller rechtsstehenden Elemente, wie sich solche in großer Anzahl auch in den Reihen der deutschen Industrie finden. In Wanne und in Essen haben sich konservativ-politische und landbündlerische Agitatoren in gleicher Weise hören lassen und in Köln ist vor kurzem eine konservativ-Ortsgruppe gegründet worden. Bei dieser Gelegenheit führte ein konservativer Parteisekretär als Hauptredner aus: „Was die Arbeitergefeßgebung angeht, so sind wir der Ansicht, daß mit weiteren sozialen Gesetzen der Arbeiter so wenig zu gewinnen ist wie bisher: viel lieber als soziale Gesetze ist diesem ein guter auskömm-

licher Lohn. Durch das Jubel von sozialen Gesetzen wird den wirtschaftlich Schwachen das Verantwortlichkeitsgefühl genommen, sie sinken zu Kostgängern des Staates herab, und ein solches Volk kann kein starkes Volk bleiben, sondern muß zugrunde gehen.“

Das ist Mist in den Ohren der Herren Scharfmacher und da sie kein höheres Ziel kennen, als sich mittels der Schutzpolitik die Taschen zu füllen und die Arbeiterklasse zu knebeln, so kann man sich denken, daß die Konservativen mit solchen Verheißungen bei dem bisher noch nationalliberalen Scharfmachertum auf ein dankbares Publikum rechnen dürfen. Die publizistischen Vertreter des Zentralverbandes deutscher Industrieller verkünden ja schon seit lange, die Industrie als Ganzes habe keinen politischen Standpunkt nötig, und der von einigen nationalliberalen Blättern verkündete Satz: Die Industrie werde liberal sein oder sie werde gar nicht sein! — sei ein bedeutungsloses Schlagwort. Da kann man sich nicht wundern, daß schon mancher Industrieller das nationalliberale Lager verlassen hat und als Freikonservativer nach rechts gewandert ist, wo er im Kreise jungerlicher Draufgänger jene Brutalität zu finden hoffen darf, die er unter den diplomatisierenden Männern der Wassermannschen Mittellinie so schmerzlich vermisse. Und man erkennt aus der Angst, mit der die Nationalliberalen diese Bewegung verfolgen, wie sehr sie zu fürchten haben, daß einer nach dem andern von den rheinisch-westfälischen Großindustriellen den Lockungen folgt, die von rechts herüberdröhen. Auf dem konservativen Parteitag für die Rheinprovinz, der Ende Oktober in Duisburg stattfand, bemerkte der Hauptredner, Freiherr von Rittshofen: Unter den Nationalliberalen seien Tausende von Königstreuen und christlichen Männern, mit ihnen habe man viele Berührungspunkte und sie würden sich vielleicht mit zu einem Block zusammenschließen. Und der freikonservative Abgeordnete Vorster, einer der Haupt-Scharfmacher im Rheinland, sagte: Wir Freikonservativen stehen so etwa in der Mitte zwischen Konservativen und Nationalliberalen. Hier in Duisburg haben wir Fühlung mit dem rechten Flügel der Nationalliberalen und ich kann nur sagen, daß die Abgeordneten Beumer und Hirsch zu bestimmen.“

Beumer ist Vertrauensmann der rheinisch-westfälischen Großindustriellen und Hirsch ist Syndikus der Essener Handelskammer. Wenn diese Herren sich als nationalliberale Abgeordnete den freikonservativen Anschauungen anschließen dürfen, dann darf man daraus schließen, daß die Beziehungen der Industriellen im Westen zu den Konservativen schon sehr eng sein müssen. Es ist die Arbeiterfeindschaft, die Abneigung gegen die wirtschaftliche, soziale und politische Emporentwicklung des Proletariats, der brutale Klassenstandpunkt derer, die Herren im Hause und Aneigner des gesamten Arbeitsertrages sein und bleiben wollen, was die Schlotjunger von der schweren Industrie aus dem liberalen ins konservativen Lager treibt, wo sie an der Seite der Fanusdauer besser auf die Rechnung zu kommen hoffen, als an der Seite der Wassermannner. Die Arbeiterbewegung, die schon so manches Bündnis im bürgerlichen Lager geschaffen und zerstört, die schon so viel zur Klärung und Scheidung der mancherlei wirtschaftlichen und sozialen Interessen getan hat, sie rüttelt auch die liberalen Parteien durcheinander und bereitet den Weg vor, bis es ein Süßen und Drüben nur gibt, bis auch der letzte Arbeiter klar seine Freunde und Feinde erkennt und die Wahl zwischen ihnen treffen kann auf Grund des Spruches: Wer nicht für mich ist, der ist wider mich!

Die Reform des Arbeitsrechts und die „Einigung aller Liberalen“.

Während die Wirtschaftstechnik als Unterbau aller Gesellschaftsverfassung ständig im Fluß ist und kein Stillstehen kennt, folgt der ideale Ueberbau der Entwicklung des Werkzeuges nicht immer in gleichem Tempo, sondern meistens mehr oder weniger schleppend und trägt und oft sogar erst rückwärts. Zu dem die Produktionstechnik einer Zeit unentbehrlichen Mantel, zu ihrem Ueberbau gehört auch das Recht, das in dem geschriebenen Gesetz niedergelegt ist. In der Gegenwart finden wir nun, daß die Technik der Güterherstellung in weitgehendem Maße gesellschaftlich, sozialistisch durchgeföhrt ist. Der Großbetrieb mit rationaler durchgeföhrt Maschinenanwendung beherrscht die Produktion. Ein Rad greift ins andere und nur bei diesem harmonischen sozialistisch-gesellschaftlichen Zusammenwirken ist der moderne, technische Betrieb der Güterherstellung möglich. Indes ist das „Recht“, das die Verhältnisse der Produktionsfaktoren zueinander regelt, der technisch-wirtschaftlichen Veränderung wenig oder gar nicht gefolgt, es ist erstarrt und paßt nun zu dem gegen früher völlig neuen Produktionszustand wie die Faust aufs Auge“. So ist auch im modernen Großbetrieb der kapitalistische Unternehmer immer noch der gefehmähige Faktor, der den ganzen Wirtschaftsprozess selbstherrlich leitet und vor allem auch den gesellschaftlich erzeugten Gewinn in die Tasche steckt.

Den Schlüssel zu diesen Widersprüchen finden wir in dem Umstand, daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft, soweit sie uns überliefert worden ist, die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Die jeweiligen Besitzer der Produktionsmittel suchten immer den rechtlichen Gesellschaftsüberbau entsprechend ihren Interessen zu gestalten und zu erhalten. Mit der Veränderung der Produktionstechnik entstehen dann aber Spannungen, die sich allmählich vergrößern und zu einem Ausgleich drängen.

So ist's auch wieder in der Gegenwart mit dem Arbeitsrecht. Der moderne Zustand der Wirtschaftstechnik schreit geradezu nach einem einheitlichen, ihm entsprechenden Recht der Arbeitsverhältnisse. Wohl gibt es heute in einer Anzahl Gefetze einige Bestimmungen über den Arbeitsvertrag, aber sie entsprechen in keiner Weise dem gegenwärtigen ökonomischen Zustand, ein Tarifrecht fehlt ganz.

Schuf die neuere Wirtschaftstechnik den Großbetrieb mit seiner Hand in Hand wirkenden Arbeiterschaft, so ballten sich diese Arbeitermassen allmählich in immer tüchtiger anschwellende Organisationen zusammen, um die Spannungen in der Gesellschaft bewußt in ihrem Interesse kämpfend zu beeinflussen. Die Arbeiterklasse benutzte so die sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften und Genossenschaften. Die Gegner der Arbeiter, vor allem das kapitalistische Unternehmertum mit seinem heute noch übermächtigen Einfluß auf die Regierung, setzten sich aber scharf zur Wehr, es will in seinen Ausbeutungsprivilegien bleiben und das alte, verfeimerte „Recht“, das längst zum kranken Unrecht geworden ist, verteidigen.

Im Anfang der Arbeiterbewegung gelang es den Handlangern des herrschenden kapitalistischen Systems noch, durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung die Forderungen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft als „unmöglich“ und „utopisch“ abzutun. Je mehr aber die Kapitalkonzentration Fortschritte machte, je mehr der Großbetrieb die Produktion beherrschte, um so mehr mußten aber auch die Zweifelsenden das Zeitgemäße der sozialdemokratischen Forderungen anerkennen.

So kann sich heute keine Partei, keine Gruppierung, die auf Arbeiter Einfluß behalten will, den im Wirtschaftszustand begründeten sozialdemokratischen Forderungen entziehen, und auch die Hirsch-Dunderschen und zentrumschriftlichen Gewerkschaftsorganisationen können es je länger, je weniger. Der „christliche“ Generalsekretär Stegerwald sagte ja in einem Jahresbericht, bei der „starken sozialdemokratischen Bewegung“ in Deutschland könnten auch die „Christen kein „Strohholz raspieln“. Bei den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften hat man sich in letzter Zeit besonders viel mit der Schaffung eines neuen Arbeitsrechts beschäftigt. Wenn es auch postulierlich war, zu beobachten, wie große Mühe sich zum Beispiel der Regulator in seinen tugendhaft verappten unbeholfenen Artikeln, die zur Sache geschrieben wurden, gab, dem Zweifel der sozialdemokratischen Wirtschaftstheorien nicht geradewegs in den Rücken zu spazieren, so muß doch gesagt werden, daß es den „liberalen“ Hirsch-Dunderschen gut gelang, möglichst oberflächlich zu bleiben. Der letzte Delegiertentag des Gewerbevereins der Maschinenbauer verlangte ein Reichsarbeitsrecht, das „genaue Vorschriften“ über „Errichtung, Rechte und Schutz von Werkskoloniaten“ enthalten sollte. Diese Körperchaften, in denen Unternehmer, Beamte und Arbeiter vertreten sind, bestimmen und regeln: Werkordnung, Entlohnungssystem, Arbeitsverteilung und Rechte zwischen Unternehmern, Beamten und Arbeitern“. Die Hirsch-Dunderschen interpretieren diese Forderungen immer gleich dadurch, daß sie rechtzeitig ihr prinzipielles Glaubensbekenntnis zur kapitalistischen Wirtschaftsform ablegen, um ja keinen liberalen Gönner abzuschrecken.

Wie im übrigen das konstitutionelle Fabrikssystem der Hirsch-Dunderschen aussehen würde, zeigte sich bereits bei der Besprechung des bekannten Buches von Freese über dieses Thema. Da geriet der Regulator in drei Artikeln geradezu in effatische Verzückung über die „parlamentarischen“ Einrichtungen in den Fabriken des freisinnigen Fabrikanten, obwohl Freese nur in unbedeutendem, oft lächerlichem Schmiedchnad (gemeinsamer Bierbezug!) die Arbeiter „mitwirken“ läßt, während er jedoch in den wesentlichen Fragen der Fabrikverwaltung die Dinge hübsch allein „beispielt“, wie es ja auch antwortwärts unter dem konstitutionellen parlamentarischen System vorlumpt.

Als dann der bekannte Frankfurter Stadtrat Dr. Flesch sich im Interesse der „Einigung aller Liberalen“ anfangs dieses Jahres Mühe gab, dem liberalen Programm eine „grundlegende Forderung“ über die „Reform des Arbeitsrechts“ anzufügen, fiel auch der Regulator gleich über den betreffenden Artikel in der Frankfurter Zeitung her und holte sich aus den Ausführungen von Flesch, der auch im Regulator selbst zum Worte kam, Stoff zu einem ganzen Haufen von Artikeln, die immer wieder von neuem die Gedanken des liberalen Stadtrats durchhechelten und gefloslos endlos weiterjagten.

Als „herborragender Vertreter einer neuen Ordnung des Arbeitsverhältnisses“ hatte dann Dr. Flesch das „Referat über Arbeitsrecht“ auf dem diesjährigen Verbandstag der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. Die „Leitfäden“ des Frankfurter Stadtrats wurden als praktische Grundlage erklärt, „auf der die deutschen Gewerkschaften weiterarbeitend das verlangte Rechtsverhältnis im Produktionsprozess herbeiföhren“ vermöchten.

Nachher suchten die Hirsche auf ihre liberalen Politiker einzuwirken, wenn schon nicht mit derselben Begeisterung wie der Regulator, so doch tatsächlich für die Leitfäden einzutreten. Und war die Limonade des Stadtrats zwar auch kein revolutionäres Gift für das „liberale Biergertum“, so fand dieses doch gar keinen Geschmack an dem verdächtigen Rechtsstandpunkt. Der Liberalismus blieb kühl. Ueber die wirklichen Gründe hierfür können wir uns auch schon in dem Büchlein Freeses Auskunft holen. Der freisinnige Fabrikant schildert da, wie er es auffallend fand, daß in der Fabrik seines Vaters im Widerspruch zu den liberalen Forderungen die Arbeitsordnung und etwaige Abänderungen einfach vom Unternehmer dekretiert wurden. Als Freese sich gelegentlich zu einem „liberalen“ Freunde darüber äußerte, war er „lächelnd dahin aufgeklärt worden“, daß es in den Fabriken sehr einflußreicher, ebenfalls seiner Richtung angehörender Parteigenossen „nicht anders ausfähe. Geschäft und Politik seien zwei Teufel“.

So ist's bei den „liberalen“ und das erklärt genug. Völlig unbeachtet bleiben ja bei dem Liebeswerben der Hirsch-Dunderschen die Klassengegensätze und Interessenscheidungen in der Gesellschaft. Es ist Unfönn, vom guten Willen

der „liberalen“ Unternehmer eine Anerkennung der Arbeiterinteressen zu erwarten. Die Unternehmer erkennen die Forderungen der Arbeiter nur gezwungenermaßen an durch die Pressuren der Arbeiterorganisationen. Insbesondere die Reichstagswahlen und da steigt denn wenigstens aus einer Ecke des Reiches den großen Reichstagswahlen ein kleiner Abder zu. Die „fortschrittliche Volkspartei“ Schlesien hielt ihren Parteitag ab. Es bedurfte einer „Anfrage“, um eine „Resolution“ herauszubringen, wonach der Parteitag „dem von unserem Parteifreunde Gleich-Frankfurt angeregten Gedanken einer Reform des Arbeitsrechts Sympathie entgegenbringt und es deshalb für zweckmäßig hält, daß die auf dem Delegiertentag der Gewerbetreibenden im Anschluß an dieses Referat aufgestellten Grundsätze so bald als möglich von Partei wegen eine eingehende Erörterung erfahren.“

Das ist zwar nicht viel, aber der Regulator greift flugs nach gesperrten Sägen und will spähgerweise beim referierenden Wortwärts eine „sauerliche Wiener“ entdeckt haben, da dieser nicht auch gleich in Entzünden schweigt.

Wenn nun auch die „bürgerlichen“ Parteien, und wesentlich die „liberalen“ sich immer noch feif und kalt zeigen gegenüber den Forderungen des Stadtrats Dr. Fleck und der Kirch-Wunderlichen, so irrtümern die Zeitfähe doch in den liberalen Mätern hin und her. Die Zeitfähe sollen das Schiboleth werden für eine „Einigung aller Liberalen“. Neudings bringt die Frankfurter Zeitung zwei Artikel: „Zur Reform des Arbeitsrechts“ von Professor Dr. Paul Brandt in Frankfurt, die sich auch mit den Vorschlägen von Fleck befassen. In der nächsten Nummer wollen wir darauf etwas näher eingehen. X.

Demokratisches Mißtrauen oder demokratisches Vertrauen?

Unter dieser Ueberschrift brachte das Organ des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Der Grundstein, in seiner Nr. 44 vom 29. Oktober einen längeren Artikel. Da dessen Inhalt auch für unsere Leser sehr beherzigenswert ist, lassen wir ihn mit Auslassung einiger weniger wichtiger Stellen hier folgen:

Auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg sagte Genosse Bebel in seinen Ausführungen zur Budgetbewilligungsfrage unter anderem folgendes: „Die Konjunktur, sagten die Römer, sollen ichen, daß dem Gemeinwesen kein Schaden erwächst, und ich sage, die Parteigenossen müssen darüber wachen, daß die Parteiführer keinen Schaden tun. Demokratisches Mißtrauen, und noch mehr demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Ausnahme, auch gegen mich. Seht den Führer auf die Finger, seht den Redakteuren auf die Finger!“ Indem wir diesen Worten eine kritische Betrachtung widmen, genügen wir sowohl Anregungen aus dem Kreise unserer Verbandskollegen als auch einem eigenen Bedürfnis. In der Geschichte des Sozialismus bis in ihre Anfänge zurück treffen wir oft auf die in apophoristische Sentenzen gefasste Meinung, daß Mißtrauen gegen die Leiter demokratischer Bewegungen und Einrichtungen eine „demokratische Tugend“ ist. Man hat dieses Mißtrauen wohl auch eine „revolutionäre Tugend“ genannt. Die Wahrheit, sich solchen Mißtrauens zu befeigen, ist durchzuführen auf die durch Erfahrung nicht selten bestätigte Befürchtung, daß Führer ihre Stellung und ihr Amt damit vermissen können, um entweder durch unzulässige und ungerechte Handlungsweise oder geradezu durch Verrat die von ihnen betriebe Sache zu schädigen. Daraus läßt sich aber unmöglich folgern, daß in einem demokratischen Gemeinwesen, in einer demokratischen Partei, in einer demokratischen Grundgesetzgebung begründeten und verwalteten gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation das Mißtrauen unter allen Umständen herrschen muß und sich geradezu als eine Pflicht von Person zu Person geltend zu machen hat. Wir sind weit davon entfernt, zu glauben, daß Genosse Bebel seine Mahnung in diesem Sinne erlassen hat. Was er beabsichtigt, liegt ohne Zweifel einzig und allein in den Worten: „Die Parteigenossen müssen darüber wachen, daß die Parteiführer keinen Schaden tun.“ Das ist eine Warnung, der an sich unter dem Gesichtspunkt der Grundgesetzlichkeit nicht widerprochen werden kann, deren praktische Bewährung aber doch an gewisse Voraussetzungen gebunden ist. Ohne Zweifel haben alle Mitglieder einer demokratischen Gewerkschaft, sei sie Staat, politische Partei oder gewerkschaftliche Organisation, die Aufgabe, im Gegensatz zu blinden Vertrauensmännern die Tätigkeit der Führer und Verwalter so aufmerksam und gewissenhaft wie nur möglich zu überwachen. Aber

auf das entschiedenste bestreben wir, daß diese Überwachung unbedingt und unter allen Umständen von Mißtrauen beherrscht sein muß. Die andere vom Genossen Bebel ausgesprochene Sentenz: „Demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Ausnahme, auch gegen mich“, erkennen wir nicht an. Wir können sie nur auffassen als einen im Augenblick des erregten Redeschlusses unternommenen, aber nicht glücklichen Versuch, die erste Sentenz noch etwas drastischer zu betonen. Für gegenüber stellen wir den Satz auf: „Demokratisches Vertrauen gegen jeden, der sich dessen würdig erweist, gegen jeden, der nicht Grund zu berechtigtem Mißtrauen gibt.“ Wir nehmen für den echten und rechten Demokratismus in all seinen Gestaltungen die Tugend des demokratischen Vertrauens in Anspruch. Ohne dieses kann kein demokratisches Gebilde, keine sozialdemokratische Partei, keine große gewerkschaftliche Organisation, keine Genossenschaft bestehen und gedeihen. Nichts ist mehr geeignet, sie zu schädigen, als Mißtrauen aus Grund und Mißtrauen aus Unverständnis, Vorurteil und falscher Willensrichtung. Ernennen die Organisationen der Parteigenossen Kandidaten zu den Parlamentswahlen etc., und verhelfen sie ihnen zum Siege, so ist das ein Werk des Vertrauens. Erwählen sie Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften etc. ihre Vorstände, ihre Verwaltungsberechtigten, ihre Redakteure etc., so bezeugen sie damit den erwählten Personen Vertrauen; man geht von der Voraussetzung aus, daß diese Personen fähig und würdig sind, die Pflichten des Amtes zu erfüllen. Eine führende Stellung in Partei, Gewerkschaft und Genossenschaftswesen kann nur derjenige erlangen, der sich eines hohen Maßes von Vertrauen erfreut. Bebel ist seit Jahrzehnten anerkannter Führer der Sozialdemokratie und seine Autorität in der Partei ist immer stärker geworden. Das dankt er wahrlich nicht dem Mißtrauen, sondern dem Umstand, daß er das in ihn gesetzte Vertrauen stets gerechtfertigt hat. Es ist noch keinem Parteigenossen eingeleitet, ihm Mißtrauen zu bekunden, ihn einer absichtlichen Schädigung der Partei für fähig zu halten. Daß selbst der gewissenhafteste, der ehrlichste Führer in schädigenden Fehlern verfangen sei, daß er Dumheiten machen kann, kommt für die Rechtfertigung eines Mißtrauens nicht in Betracht. Auch der Mensch, der in guter Absicht, aus guten Motiven handelt, sich in der Wahl der Mittel vergräbt, verdient kein Mißtrauen. Man streitet wider seine irrige Auffassung, seine verkehrte Maßregel, ohne daß er damit der Vertrauenswürdigkeit verlustig wird. . . .

Das bedenkliehste unmotivierte Mißtrauen ist jenes, das sich auf abweichende Meinung in prinzipiellen und taktischen Fragen stützt und sich mit Fanatismus verbindet. Und die schwerste Verurteilung am Sozialismus würde derjenige begehen, der selbst diese Usurierung noch als „demokratische Tugend“ gelten lassen wollte, da sie doch das genaue Gegenteil ist.

Für die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation ist die Frage, ob die Führer dem Mißtraut werden oder Vertrauen genießen sollen, von noch viel größerer praktischer Bedeutung als für die Partei. Denn ihre Aufgaben sind gegeben mit dem Interesseliegenheit in wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Deshalb ist die Verantwortlichkeit ihrer Führer ganz besonders schwer. Und sie sind weit mehr als die Parteiführer unbegründetem Mißtrauen und daraus fließender Verunglimpfung ausgesetzt. Das hat sich so oft schon gezeigt. Wir wollen hier nur einen Fall anführen, der für unsere Betrachtung von besonderer Bedeutung ist, weil er lehrt, daß Genosse Bebel mit seinem Appell an das Mißtrauen in Magdeburg unmöglich bezweckt haben kann, grundsätzliches Mißtrauen zu einem Parteitag zu erheben. Im Jahre 1907 waren zwischen der Berliner Bauarbeiter-Gewerkschaft und dem organisierten Unternehmertum schwere Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter hatten Lohnsteigerung und den achtstündigen Arbeitstag an Stelle des bestehenden neunstündigen gefordert und besonders für letztere Forderung eine sehr energische Propaganda entfaltet. Die Unternehmer lehnten diese Forderung entschieden ab unter der Begründung, daß die gegenwärtige Lage im Baugewerbe ihre Genehmigung nicht gestatte. Die Vertreter der Arbeiter ließen diese Forderung dann auch fallen und es kam daraufhin ein Schiedsspruch zustande. Unmöglich konnten sich die Führer der Gewerkschaft entschließen, daß der Kampf um den achtstündigen Tag für die Arbeiterzeitung zurzeit aussichtslos sei und daher nach Möglichkeit verhindert werden müsse, um die Organisation vor einer schweren Niederlage zu schützen. Sie empfahlen den Arbeitern die Annahme des Schiedsspruchs, wonach die bestehende neunstündige Arbeitszeit für die Dauer des Tarifes beibehalten werden sollte. Darüber geriet die Masse der Arbeiter in ungeheure Erregung. In einer Sitzung ihrer Vertrauensmänner wurden die Führer auf das heftigste angegriffen, das schwerste Mißtrauen wurde gegen sie zum Ausdruck gebracht. Ein ihnen

opponierender Redner sagte unter anderem: „Wenn wir nach dem Vorschlag der Vorstände beschließen, so sind wir wert, von der gesamten Arbeiterzeitung ins Gesicht gespuhkt zu werden.“ Noch viel härtere Worte fielen. In dieser Sitzung nahm als Vertreter des Parteivorstandes auch Genosse Bebel teil. Er nahm die Vorstände der beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen energisch in Schutz gegen das ihnen beilegende Mißtrauen, gegen den Vorwurf, daß sie die Beschlüsse der Mitglieder nicht respektieren und „abwegelien“. Einige der markantesten Sätze seiner Rede seien hier wiedergegeben:

„Das wären keine Führer, wenn sie nicht die Pflicht und Schamhaftigkeit empfänden, bevor sie in einen so schweren Kampf eintreten, noch einmal genau zu prüfen, ob die Situation dazu einigermaßen angetan ist, diesen Kampf mit Aussicht auf Erfolg führen zu können. . . . Man sollte ihnen daraus keinen Vorwurf machen, sondern ihnen im Gegenteil Anerkennung zollen, denn das beweist, daß sie es mit ihrer Verantwortung sehr ernst nehmen. Die Führer sollen nicht etwa slavisch den Wünschen der Masse folgen, sondern sie sollen nicht allein die speziellen Zustände in dem betreffenden Gewerbe, sondern auch die allgemeinen Verhältnisse studieren und prüfen und danach entscheiden, ob gewisse Schritte getan werden können. . . . Das wäre ein schlechter, ja geradezu ein gewissenloser General, der seiner Armee befiehlt, den Kampf aufzunehmen, wenn er mittlerweile die Ueberzeugung gewonnen hat, daß sich die Situation so verändert hat, daß dieser Kampf nicht durchführbar ist. . . . Die Führer der Gewerkschaften sind in diesem Falle in derselben Lage, wie der Parteivorstand; auch der hat es mit seinem Aufbruch zur Waldemonstration vieler Parteigenossen nicht recht gemacht. Aber wir müßten erbärmliche Kerle sein, wenn wir uns nicht der Verantwortlichkeit bewußt wären. Wir wären doch Loren, wenn wir Zehntausende der besten, bravsten Genossen dem Kapitalismus als Schlachtopfer überantworten wollten. Der Führer, der nicht den Mut hat, auch einmal gegen den Willen der Masse seine eigene Ueberzeugung zu vertreten, weil er für die Sache dienlich hält, berich in meinen Augen ein elender Kerl, der nicht verdient, Führer zu sein. Ich verlange, daß die an die führende Stelle Bestellten weiter sehen, als die meisten sehen können, die von früh bis spät zu arbeiten haben, in der Sorge um das tägliche Brot.“

Aus jedem dieser Sätze Bebel's spricht die Erkenntnis, daß das Vertrauen der Masse zu den Führern der Gewerkschaften und der Partei eine Notwendigkeit ist. Gänzlich unvereinbar damit ist seine in Magdeburg ausgesprochene Sentenz: „Demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Ausnahme, auch gegen mich!“ Dagegen nehmen wir ihn und alle anderen, die des Vertrauens wert sind und seiner bedürfen, um erfolgreich wirken zu können, nachdrücklich in Schutz. Wie schon angedeutet, erachten wir den Mißtraut aus seinem Munde lediglich als eine aus momentaner Erregung zu erklärende Äußerung von dem an sich richtigen Grundgedanken, daß sich die Parteigenossen nicht einem Vertrauensmißbrauch ergeben, sondern über die Führer zu wachen sollen. Wachen und mißtrauen ist zweierlei. Und das Mißtrauen stellt sich gewöhnlich da ein, wo die wenigste oder gar keine Wachsamkeit eintritt. Der Begriff Wachsamkeit schließt in sich ehrliches, gewissenhaftes, vorurteilsfreies Eingehen auf alle die Fragen und Aufgaben, deren Entscheidung und Erfüllung wesentlich mit von der Haltung der Führer abhängt. Die wahre Wachsamkeit kann nur üben, wer sich das nötige Verständnis für diese Fragen und Aufgaben aneignet. Wachsamkeit aus reinem Mißtrauen wächst sich gar leicht zu einer Giftflanze aus, die gute Saat und gute Frucht zerstört. Man merke wohl: in der proletarischen Bewegung bildet erfahrungsgemäß die Rechtfertigung des in die Führer gesetzten Vertrauens die Regel und das Gegenteil die Ausnahme. Und deshalb ist ein besonderer Appell an das Mißtrauen mindestens überflüssig.

Die Wilhelmshavener Werftarbeiter zum Fall Isendahl.

Eine Versammlung der Arbeiter der Wilhelmshavener Reichswerft fand am Mittwoch den 9. November in Sadelbassers Lokal statt. Der Arbeiterratsausschuß der Werft hatte die Versammlung einberufen und auch den Saal gemietet. Ueber 4000 Personen waren anwesend. Die Tagesordnung lautete: Bericht des Arbeiterratsausschusses über die Vorgänge im Torpedoreisort. Das Ausschussmitglied Müller eröffnete die Versammlung und eruchte einleitend etwa anwesende Nichtwerftarbeiter, außer den Vertretern der drei Lokalfestungen, die geladen waren, den Saal zu verlassen.

Kenntnisse vom englischen Eisenbahnwesen etc. trefflich zu halten. Wir haben manche interessante Beobachtung gemacht, wovon wir auch noch nachträglich profitieren werden.

Am Tage nach dem Kongress besuchten wir zunächst das Hauptbureau des Metallarbeiterverbandes (National Society of Brassworkers and Metal Mechanics), einer Organisation mit etwa 7000 Mitgliedern. Von den Erläuterungen über das Verwaltungsverfahren in dieser Gewerkschaft erhielten wir den Eindruck, daß deutsche Gewerkschaftler auf diesem Gebiet in England kaum noch etwas lernen können und dieser Eindruck hat sich während des ganzen übrigen Aufenthalts in England vorgehalten. Zum Beispiel werden bei der genannten Gewerkschaft die Mitglieder und die Beiträge in Sammelbüchern von ähnlicher Art registriert, wie sie vor etwa 15 und mehr Jahren noch bei uns gebräuchlich waren. Manche Kollege, der zur damaligen Zeit Kofferträger in irgendeiner Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war, wird sich dieser Sammelbücher noch mit gelindem Grausen erinnern.

Sodann wurden wir zur Firma Mansford & Lynes (Gasarmaturenfabrik) geführt. Die Hauptmasse, die uns dort gezeigt werden sollte, war eine Abjaugevorrichtung für die beim Schmelzen und Gießen des Messings entstehenden Dämpfe. Diese Vorrichtung ist schon vor sieben Jahren in der Metallarbeiter-Zeitung (Jahrgang 1903, Nr. 42, Seite 330) beschrieben worden, auch wurde die Beschreibung in der vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1904 herausgegebenen Monographie über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Turner und Gieberei- und Metallarbeiter (Seite 48). Wir hatten nunmehr Gelegenheit, uns davon zu überzeugen, wie gut die Vorrichtung funktioniert, indem sie zur Ermöglichung eines Vergleichs einigmal außer Gebrauch gesetzt wurde. Man kann nur bedauern, daß diese Vorrichtung nicht mehr angewandt wird. Die Dreherei wollte man uns erst nicht zeigen; einige Delegierte schlüpften jedoch trotzdem hinein und nun folgten sämtliche Teilnehmer nach. Dort mangelte es sehr an Raum und Licht. Noch weniger gereichten die dort herrschenden Zustände aber der Gesundheitspflege zur Empfehlung. Es waren dort meistens Arbeiterinnen beschäftigt, zum Teil noch halbe Kinder. Diese werden dort noch nicht in die Organisation aufgenommen und doch zeigten einige von ihnen schon eine Geschicklichkeit bei der Arbeit, die sie zu sehr beachtenswerten Konkurrenzinnen der Männer machte. Wir fanden dort sogar eine Arbeiterin, die infam war, selbst ihre Saubereinigung. Seltene Arbeiterinnen nicht die Möglichkeit zur Organisation zu gewinnen, ist töricht. Eine von uns befreundete Metallarbeiterin gab an, sie verdiene 11 Schilling die Woche. Die Arbeitszeit beträgt für Arbeiterinnen 9 1/2 Stunden täglich, für Arbeiter 10 1/2. Der Samstag ist frei.

Der Weg zu und von diesem Reichswerke war auch durch Sonntagmorgen Arbeiterdiesel. Ueber das, was wir dort gesehen haben, weiter unten noch einige Worte.

Eine Nachlese vom Internationalen Metallarbeiter-Kongress.

Das Ergebnis des Kongresses? Können wir uns darüber nicht; es ist recht mager, und das liegt so ist, liegt nur an unseren englischen Kollegen. Bei dem englischen Gewerkschaftswesen kann man nicht, wird sich allerdings nicht darüber wundern. Derselbe selbstvergessene Geist, der die Zerstückelung in Hunderte von Branchen, Abteilungen und Lokalorganisationen begünstigte, führte auch zur nationalen Abschließung der britischen Gewerkschaften und es mag sehr wohl zutreffen, daß erst dann auf eine bessere internationale Vernetzung der britischen Metallarbeiter zu hoffen ist, wenn die belagerten nationalen Zerstückelungen aufgehört haben oder wenigstens doch fast gewildert sein wird. Dies wurde ja auch auf dem Kongress von verschiedenen britischen Delegierten betont. Diese Zerstückelung magte sich in der englischen Arbeiterzeitung zwar in früheren Zeiten weniger unangenehm bemerkbar, jetzt hängt sie aber wie ein Bleiblock an der britischen Arbeiterbewegung und erschwert ihnen den Fortschritt in so höherer Weise, daß man nun doch auf Kritik steht, dieses Bleiblock loszumachen. Man hat schon gesagt, die Führer der englischen Gewerkschaften seien die schlimmsten Gegner der Vereinigung, nicht leicht, weil ihnen um ihre Stellung bangt. Die Führer, gegen die sich dieses Vorwurfs richtet, behaupten jedoch im Gegenteil, daß bei den Mitgliedern der Bewegung eine Idee für Vereinigung vorhanden wäre. Die Wahrheit wird wohl sein, daß beide Teile nicht frei von Schuld sind. Darüber hinaus ist aber eines großen Teils der Führer der Bewegung zu sagen, daß sie es nicht lassen, ihre Mitglieder nach dieser Richtung anzuklären, ebenfalls wie sie ihre Mitglieder über die Notwendigkeit internationaler Beziehungen aufgeklärt haben. Die als Delegierten anwesenden Führer konnten sich demzufolge auf dem Kongress hinter der Behauptung beruhigen, sie selber seien wohl für Separatisteneigenheiten u. d. h. sie wüßten aber nicht, wie ihre Mitglieder darüber dächten. Die internationalen Delegierten konnten bei der Behauptung dieser Sache gerne ihren eigenen Ueberzeugung folgen, weil sie wußten, daß diese sich heute mit der der Mitglieder, die sie verteidigen. Die Prinzipien, aus die es sich hier handelte, gehören ja bei uns ja schon zum A-B-C des Gewerkschaftswesens.

Es war demnach kein Wunder, daß das Jahressitz und die Kaputtung unserer britischen Kollegen in bezug auf internationale Solidarität noch sehr zu wünschen übrig lassen, daß der Kongress selbst während seiner ganzen Dauer und sogar während der Abschlüsse haben wir kein einziges Wort über Gewerkschaften mitglied gesehen. Und dabei gibt es in Birmingham einflussreichste der Frauen im ganzen 20 000 Metallarbeiter, davon 40 000 organisierte. Da man Frauen viel mehr von der Organisation ausgeschlossen sind, so werden die Männer wohl sehr leicht organisiert

sein. Und von all diesen hat kein einziger sich verantwortlich gefühlt, dem Kongress auch nur eine Minze lang Aufmerksamkeit zu schenken. Da wird der nächste, in Berlin stattfindende internationale Metallarbeiterkongress allerdings ein wesentlich anderes Bild zeigen. Unsere Berliner Kollegen werden sicher großes Interesse für den Kongress bekunden und auf manchen ausländischen Delegierten wird eine große Zahl von Metallarbeitern, wie er es noch nie bei einem anderen gegeben hat, sicher einen Eindruck machen. Aus diesem Grunde ließ es sich auch motivieren, den nächsten Kongress in Berlin abzuhalten und nicht, wie es sonst häufiger geschehen wäre, im Anschluß an den nächsten internationalen sozialistischen Kongress, der bekanntlich in Wien stattfinden wird. Sinnig kann man auch, daß die österreichischen Delegierten erklärten, es sei ihnen lieber, wenn erst der übernächste internationale Metallarbeiterkongress bei ihnen stattfinden würde. Die anhaltende Galtlosigkeit und die vielen kostbaren Aufmerksamkeiten der englischen Kollegen zu übersehen, wird auf dem nächsten Kongress freilich kaum möglich sein. Doch ist dies ja auch nicht die Aufgabe des Kongresses, wenn auch die deutschen Metallarbeiter und besonders unsere Berliner Kollegen sich die größte Mühe geben werden, um den ausländischen Delegierten den Aufenthalt möglichst angenehm zu machen. Schade nur, daß es nicht möglich ist, größere Massen von Metallarbeitern herbeizuführen, um auf solchen Kongressen in direkter Verbindung zu kommen. Wir sind überzeugt, daß dies nur einen guten Einfluß ausüben könnte.

Schließlich wird der nächste Kongress bedeuten, was der letzte Kongress vorgeschrieben unvollendet lassen mußte. Zwar soll schon bis zum Ende des Jahres die sogenannte Subkommission ihre Arbeiten beendet haben. Wir müßten aber bezweifeln, daß es möglich sein wird, in so kurzer Zeit die Masse der Kollegen in den angelegentlichsten britischen Verbänden genügend zu informieren. Wahrscheinlich wird die Subkommission ihre Arbeiten erst später beenden können.

Das allgemeine Ziel des Kongresses im Vergleich zu seinen Vorgängern einen bedeutenden Fortschritt. Auch war die Verhandlung leichter. Diese war allerdings in der Sache eine Verbindung des internationalen Genossen Hendrik de Waan aus Brüssel, der als Ueberbringer fungierte und seine Aufgabe aufs beste löste. Zwar haben die englischen Kollegen ebenfalls Teilnehmer engagiert, aber nur ein einziger von diesen machte einmal einen Versuch, in Tätigkeit zu treten. Es war nämlich ein Kollege aus Schweden, der während der ganzen Zeit nicht einen Satz sprach.

Selbstverständlich mag es über ausreichende Erreichung genügen, wenn die Unwissenheit britischer Kollegen in England nicht zu einer kleinen Informationspeise benutzt werden wäre. Auch hier kamen den britischen Delegierten die von Genossen de Waan durch seinen längeren Aufenthalt in England erworbenen

Der Vorsitzende des Arbeiterausschusses, Schmidt, gab folgenden Bericht:

Kollegen! Wie Sie aus dem Aufruf zu dieser Versammlung ersahen haben, will der Ausschuss über die Vorgänge berichten, die sich in letzter Zeit auf dem Torpedoreffort der Kaiserlichen Werft ereignet haben.

Bekanntlich glauben eine Anzahl Arbeiter des Ressorts VII begründeten Anlaß zur Beschwerde gegen ihren Ressortdirektor, Kapitän Jendahl, zu haben. Die Arbeiter unterließen es aber, den vorgeschriebenen Weg der Beschwerde über den Arbeiterausschuss zu gehen.

Nachdem die Oberwerftdirektion von dem Vorgehen der Arbeiter des Ressorts VII Kenntnis erhalten hatte, leitete sie eine eingehende Untersuchung ein.

„Sichtlich der einzelnen in dem Bericht über die am Sonntag den 9. Oktober dieses Jahres in Sadowassers Livoli abgehaltenen Versammlung aufgeführten Fälle ist folgendes mitzuteilen: Ueber den Vorfall auf dem Torpedoboot S. 127 hat die angestellte eingehende Untersuchung den Nachweis dafür nicht erbracht, daß der Korvettenkapitän Jendahl die ihm in den Mund gelegten Worte gebraucht hat und der Lärm und die durch die Sachlage verursachte Erregung lassen die Annahme als durchaus berechtigt erscheinen, daß die Bekundung des Hilfsverführers Evers auf einem Mißverständnis beruht.

Was an der angeklagten so strengen Bestrafung dran ist, geht aus folgendem hervor: Im Laufe der letzten 3 Monate sind bestraft: 19mal Lehrlinge wegen Ordnungswidrigkeiten in der Gewerbeschule mit zusammen 10,93 M. (Einzelfälle 58 S.), 18mal Werftarbeiter wegen Nichttragens der Resorciertenschürze mit zusammen 8,42 M. (Einzelfälle 47 S.), 10mal Werftarbeiter mit einem Verweis wegen vorzeitigen Verlassens der Arbeitstätte, im übrigen 28mal Werftarbeiter, mit Entlassung (1), Verweis (1) und Geldstrafen (26) in Höhe von 55,43 M. (Einzelfälle 2,12 M.), während vorher unter Fr.-Kapitän Seifertling in einem Jahre 26 Fälle mit 47,39 M. (Einzelfälle 1,75 M.) verhängt wurden.

Was die in der Versammlung angeführten Einzelfälle anlangt, so hat sich der Arbeiter Voigt in der Schnabstischen Angelegenheit über die Bestrafung beim Oberwerftdirektor beschwert; dieser hatte entschieden, daß die Strafe zu Recht bestand. Eine weitere Beschwerde des Voigt ist nicht erfolgt.

Der beim Fahrradputzen betroffene Arbeiter ist vom Oberwerftdirektor entlassen; er hat in seinem damaligen Gesuch um spätere Wiedereinstellung von der Wohlwollenheit nichts erwähnt und die Antwort erhalten, daß er sein Gesuch nach Ablauf von sechs Monaten erneuern solle. Daß er vor Ablauf der sechs Monate, ohne Gesuch an die Werft, bei einem Versuch, unter der Hand eingestellt zu werden, kein Glück hatte, ist seine Schuld. Die wegen unerlaubten Wiederverkaufs bestraften Arbeiter Kämpfer und Maurus haben sich bei der Bestrafung durch den Ressortdirektor beruhigt. Was also für die Betroffenen selbst hiernach kein Grund vor, sich weiter zu beschweren, so erst recht nicht für Unbefugte. Die beschuldete illegale Mißbilligung gegen den Ressortdirektor von Ressort VII hätte dem Arbeiterausschuss nicht entgegen können.

Am Abend des folgenden Tages fand hier im Livoli eine allgemeine Werftarbeiterversammlung statt, die von etwa 3000 Arbeitern besucht war und in der eine Resolution folgenden Inhalts

Wir hätten gerne noch einen Abstecker nach Schöffel gemacht, um so mehr, weil ellide von uns schon Solinger Betriebe gesehen und dadurch die Möglichkeit zu Vergleichen hatten. Dies paßte jedoch unseren englischen Kollegen nicht ins Programm.

Am Nachmittag des 3. November ging die Reise weiter nach Manchester, wo wir abends ankamen. Hatten wir schon während der letzten Tage in Birmingham unruhiges Wetter gehabt, so lernten wir am folgenden Tage einen echten englischen Nebel kennen. Dieser ist nicht weiß oder grau, sondern ziemlich stark gelb gefärbt, weshalb er im englischen Volksmund ja auch Erbsensuppe heißt. Die Sonne hing wie ein trüber rötlicher Kreis am Himmel und beschrieb langsam ihre Bahn. Der Nebel hielt sich mit großer Hartnäckigkeit bis zum Spätnachmittag und erschwerte es uns sehr, uns in der fremden Stadt zurechtzufinden. Der Zufall führte uns aber zu etwas, was uns aufs höchste interessierte. An einem großen Gebäude in der Leber Street saßen wir in mit amtlichen Abzeichen versehenes Schild. Darauf stand: Board of Trade, Labour Exchange (Handelsministerium, Arbeitsbörse). Dann folgte eine Nachbildung des amtlichen Siegels und darunter stand: „Unternehmer, die Arbeiter brauchen und Arbeiter, die Beschäftigung suchen, sollten sich an die obengenannte Adresse wenden. Keine Gebühren.“ Wir waren bei einem Distrikthauptbureau der dem Handelsministerium unterstellten öffentlichen Arbeitsnachweise in England angekommen, gingen hinein und wurden, nachdem wir uns den leitenden Beamten vorgestellt hatten, ohne weiteres aufs freundlichste aufgenommen und in den Bureaus umhergeführt. Jede gewünschte Auskunft wurde uns bereitwillig gegeben. Die Beamten, die dem Handelsministerium unterstellt sind, stehen auf einem sehr weit vorgeschrittenen sozialen Standpunkt, ja, einer von ihnen stellte sich uns als Sozialist vor. Soß bei der Arbeitsvermittlung die Beamten verpflichtet sind, zu sagen, wo gestreift wird, erachtet man dort als selbstverständlich. Et was hat man in Deutschland nur in einem Teil der paritätischen und der Wohltätigkeitsarbeitsnachweise. Die amtlichen Arbeitsnachweise in England gehen aber noch weiter. Sie sind berechtigt, Arbeiter, die nach Orten zu gehen wünschen, wo kein Streik herrscht und wo Gewerkschaftsmitgliedern bezahlt werden, das Reisegeld zu geben. Arbeiter, die als Streikbrecher gehen wollen, erhalten dies jedoch nicht. Et was wäre in Preußen Deutschland ja gänzlich unmöglich, ebenso, wie man hier einen unangemeldeten Besuch von fremden Gewerkschaften ohne weiteres an die Luft setzen würde. Die ganze Einrichtung dieser Arbeitsnachweise ist so, daß sie sowohl Unternehmern wie Arbeitern möglichst bequem ist. Man erreicht dies auch durch ausgiebige Verwendung vorgebrachter Postkarten, die zum Teil postfrei sind. Es können sogar gebührenfreie Telegramme versandt werden.

Am Nachmittag hatten wir eine interessante Sitzung mit dem Vorstand des Formerverbandes (Friendly Society of Iron Founders of England, Ireland and Wales). Der Verband hatte am Ende des Oktober 1793 Mitglieder in allen Teilen Großbritanniens, mit Ausnahme von Schottland. Er ist die größte

angenommen wurde: (Die Resolution ist in Nr. 44, Seite 348 abgedruckt; wir verweisen darauf. Red.)

Kollegen! Nun war es die höchste Zeit, daß der Arbeiterausschuss vermittelnd eingriff. Er wandte sich mit folgender Eingabe an die Werftverwaltung:

W i l h e l m s h a v e n, 21. Oktober 1910. Gesuch in Arbeiterangelegenheiten des Arbeiterausschusses der Kaiserlichen Werft Wilhelmshaven.

Der Kaiserlichen Werft Wilhelmshaven gestattet sich der Arbeiterausschuss nachstehendes Gesuch ganz ergeben zu unterbreiten: Am Mittwoch den 19. Oktober wurde der Arbeiterausschuss von dem Herrn Oberwerftdirektor, Kapitän zur See Edermann, zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.

Der Grund hierfür resultiert aus den Vorgängen, welche sich in letzter Zeit im Ressort VII der Kaiserlichen Werft angeklagt abgepielt haben sollen. Es erübrigt sich wohl, dieselben an dieser Stelle nochmals im einzelnen aufzuführen.

Eine Anzahl Arbeiter des Torpedorefforts glaubten begründeten Anlaß zur Beschwerde gegen ihren Ressortdirektor, Herrn Korvettenkapitän Jendahl, zu haben. Ehe sie den vorgeschriebenen Instanzenweg betrat, haben sie Veranlassung genommen, in der Öffentlichkeit zu diesen Beschwerden Stellung zu nehmen, weil sie glaubten, so eine schnellere Unteruchung und Mithilfe herbeiführen zu können, weiter, weil sie befürchteten, wenn sie als einzelne vorgehen, eine Schädigung ihrer wirtschaftlichen Existenz zu erleiden. Diesen Umständen dürfte es wohl zuzuschreiben sein, daß die Arbeiter des Ressorts VII ihre Angelegenheit von einem außerhalb der Werft stehenden Referenten in einer am 9. Oktober stattgefundenen Versammlung behandeln ließen. Sie haben am Schluß dieser Versammlung einer vom Referenten vorgelegten Resolution zugestimmt, ohne sich über den beleidigenden Inhalt derselben klar geworden zu sein.

Es muß zugegeben werden, daß der von der Arbeiterschaft eingeschlagene Weg nicht der richtige war und es wird der Arbeiterausschuss nach Kräften bemüht sein, dahin zu wirken, daß in Zukunft ein derartiges Vorgehen unterbleibt.

Nachdem die Oberwerftdirektion Kenntnis von dem Vorgehen der Arbeiter genommen hatte, hat dieselbe eine eingehende Untersuchung angeordnet. Nach der Erklärung des Herrn Oberwerftdirektors hat die Untersuchung ergeben, daß der Vorgang auf S. 127, welcher die Hauptursache der Beunruhigung war, auf einem Mißverständnis beruht, und daß die Zahl und die Höhe der verhängten Strafen sich nicht nennenswert über die des Vorjahres erhöht und nun falls somit der für die Zustimmung zu dieser Resolution gegebene Grund fort.

Dieser Erklärung des Herrn Oberwerftdirektors glaubt der Arbeiterausschuss trotz den entgegenstehenden Aussagen der in Frage kommenden Zeugen Rechnung tragen zu müssen und glaubt in diesem Sinne auf die Arbeiterschaft eingewirkt zu haben in der Hoffnung, daß hierdurch der außerordentlichen Unruhe begegnet und auch das Vertrauen der beteiligten Arbeiter zu Herrn Torpedodirektor Jendahl wiederhergestellt ist.

Um aber den Frieden zwischen der Werftleitung und der Werftarbeiterchaft völlig zu erreichen, bittet der Arbeiterausschuss, die laut Werftbeschl. verfügte Maßnahme, vor allem die Verletzung der Arbeiter von Ressort VII zu den anderen Ressorts, wieder zurückzunehmen.

Der Arbeiterausschuss ist in seiner Gesamtheit der Ansicht, daß alle von dieser Maßnahme betroffenen Arbeiter wirtschaftlich ganz außerordentlich beeinträchtigt werden, ganz abgesehen davon, daß auch der wirtschaftliche Betrieb der Werft erheblich leiden wird. Nach eingehender reiflicher Prüfung der augenblicklichen und zukünftigen Situation bittet der Arbeiterausschuss, um das gute Einvernehmen zwischen der Behörde und der Werftarbeiterchaft voll und ganz wiederherzustellen, daß die Kaiserliche Werft diese bedeutende Angelegenheit noch einmal wohlwollend prüfen möge.

Sollte die Kaiserliche Werft selbst hierzu nicht geneigt sein, so bittet der Arbeiterausschuss ganz ergeben, dieses Gesuch dem Reichsmarineamt zur wohlwollenden Prüfung weitergeben zu wollen. Der Arbeiterausschuss hat sich aus sich selbst heraus und auf Bitten der beteiligten Arbeiter zu diesem Gesuch veranlaßt gesehen.

Fernerhin bittet der Arbeiterausschuss, mit der Ausführung der angeklagten Maßregel warten zu wollen, bis die Entscheidung über das Gesuch getroffen ist.

Hochachtungsvoll

Der Arbeiterausschuss.

Im Auftrag:

Schmidt, Vorf. Bäuerle, Groth, Duben, Sellmann, Ausschussmitglieder des Ressorts VII.

Die Werftverwaltung gab sich mit dieser Eingabe nicht zufrieden, denn das „Glauben“ und „Hoffen“ in der Eingabe des Ausschusses hat der Werftverwaltung keinerlei Garantie dafür, daß auch die Arbeiterschaft so denkt, wie der Ausschuss. Deshalb wurde

Formervereinigung im ganzen Lande. Nächsten Monat wird zum Zwecke der Veranschaulichung eine Konferenz mit sechs anderen Formervereinigungen und einer Rechnerorganisation stattfinden. Kommt die Verschmelzung zustande, so wird die neue Organisation ungefähr 35 000 Mitglieder = 55 Prozent der Organisationsfähigen haben.

In Betrieben der Metallindustrie konnten wir in Manchester leider nicht hineinkommen. Man hatte uns dagegen den Besuch einer großen, modernen eingerichteten Baumwollspinnerei ermöglicht. Dieser Betrieb war ja auch recht interessant für uns, schlug aber doch nicht in unser Fach.

Von Manchester brachte uns der Schnellzug in etw. 3 1/2 Stunden nach dem nördlichen Teil der Mittel-Englands gelegenen Widdlesbrough, wo wir abends spät ankamen. Dort erwarteten uns die Kollegen Hall und Wallis vom Vorstand des Verbandes der Hochföhrer (National Federation of Blastfurnacemen). Diese beiden Kollegen hatten eine ausführliche Zusammenstellung über die Lohnverhältnisse in der dortigen Hüttenindustrie gemacht und es wurde nach der Ankunft im Hotel sofort eine Sitzung zur Kenntnisnahme und Besprechung abgehalten. Am folgenden Tage wurden vier Betriebe besichtigt, Walzwerke und Hochföhreranlagen. Unter den Eisen- und Stahlwerken, die in Deutschland verarbeitet werden, solesen die aus Widdlesbrough begangenen eine wichtige Rolle, wie ein Bild in die Berichte vom Eisenmarkt ohne weiteres zeigt. Ein großer Teil der Erzeugnisse von Widdlesbrough geht nach Deutschland, was hauptsächlich durch die verhältnismäßig geringen Transportkosten verursacht wird. Die Werke sind sämtlich aufs modernste eingerichtet und, soweit nach dem Gedächtnis ein Vergleich mit deutschen Betrieben dieser Art möglich war, machten sie den Eindruck, als seien die einzelnen Werftstätten nicht so eng zusammengebrängt, wie es bei uns stellenweise der Fall ist, zum Schaden der Arbeiter. Der letzte der vier besichtigten Betriebe lag in South Bank bei Widdlesbrough; um ihn zu erreichen, mußte die Eisenbahn benützt werden. Als wir in South Bank ankamen, wurden wir in Droischen nach dem Werke geführt, wo auch ein Empfang für uns bereit stand. Untere anfänglichen Bedenken, ob wir so viel Freundlichkeit von Unternehmern erwarten dürften, wurden durch den Kollegen Hall rasch überbunden, der sich dort benahm, wie wenn er da zu Hause wäre. Dies erklärte sich daher, daß der jetzige Direktor des Werkes, Mr. Davison, früher Arbeiter und dreißig Jahre lang Verbandsmitglied war, ein Umstand, der der Arbeiterschaft auch schon bei der Regelung von Differenzen zugute gekommen ist. Die Firma heißt Wolcott & Vaughan; der erste von ihren beiden Gründern war ein Deutscher und der andere stammte aus Wales. Die Firma arbeitet mit einem Kapital von 4 Millionen Pfund und beschäftigt 14 000 Arbeiter, davon 9000 in den Bergwerken. Was uns in diesem Werke besonders interessierte, waren die automatischen Vorrichtungen zum Weichen der Hochföhrer.

Am Nachmittag ging es weiter nach London, wo wir abends spät ankamen. Wir merkten nun aber doch, daß wir einen an-

dem Ausschuss anheingegen, diese gewünschten Garantien in einer öffentlichen Versammlung festzustellen. Der Ausschuss hat nun mit seinen Wählern in den einzelnen Betrieben Zustimmung genommen und festgestellt, daß zwei Drittel der Wähler gegen eine öffentliche Versammlung und ein Drittel dafür waren. Der Ausschuss gab nun der Werftverwaltung folgende Erklärung ab:

a) Es ist die Werftarbeiterchaft gewillt, dem Herrn Oberwerftdirektor sowie dem Herrn Kapitän Jendahl das volle Vertrauen in aller Öffentlichkeit wieder entgegenzubringen, sobald die in Frage kommende Angelegenheit durch Vertrittung geklärt ist.

b) Eine bedeutende Minderheit hiervon ist jedoch jetzt schon bereit, auf die Erklärung des Herrn Oberwerftdirektors hin, die derselbe dem Arbeiterausschuss gemacht hat, dem Herrn Oberwerftdirektor sowie dem Herrn Kapitän Jendahl in aller Öffentlichkeit das Vertrauen wiederherzustellen.

c) Es wird von allen Arbeitern anerkannt, daß der von den Arbeitern des Ressorts VII eingeschlagene Weg nicht der richtige und ein der Arbeitsordnung widersprechender ist und sie sind auch gewillt, dieses öffentlich anzuerkennen.

Auch diese Erklärung genügt dem Herrn Oberwerftdirektor nicht. Er erklärte im wesentlichen folgendes:

1. Die Gründe, welche für die Furcht in die Öffentlichkeit durch Uebergabe der Angelegenheiten an einen außerhalb der Werft stehenden Referenten aufgeführt sind, sind nicht stichhaltig. Es ist keine schnellere Untersuchung herbeigeführt worden, sondern eine langsamere, denn die Beschwerden hätten auf dem vorgeschriebenen Wege über den Arbeiterausschuss schon seit vielen Monaten vorgebracht werden können und selbst der letzte Anlaß (S. 127) lag einen Monat vor der ersten Resolution vom 9. Oktober. Ferner ist die Befürchtung wirtschaftlicher Schädigungen nicht stichhaltig, weil eine solche auf dem Wege der Beschwerde über den Ausschuss ausgeschlossen war.

2. Das Gesuch gibt zwar zu, daß der Wortlaut der Resolution vom 9. Oktober eine Beleidigung des Torpedodirektors enthält und daß der von den Arbeitern des Ressorts VII eingeschlagene Weg falsch war. Der Ausschuss glaubt, mit Erfolg auf die Arbeiter im Sinne der Erläuterungen des Oberwerftdirektors in der letzten Sitzung eingewirkt zu haben, und hofft, daß dadurch der Unruhe begegnet und das Vertrauen zum Werftdirektor wiederhergestellt sei.

3. Es sehen aber in dem Gesuch jegliche Garantien, daß dieser Glaube und diese Hoffnung sich auf Tatsachen stützen, daß die Arbeiter vom Ressort VII selbst zu empfinden, daß sie anerkennen, falsch gehandelt zu haben, daß sie bei der Zustimmung zu der Resolution von falschen Voraussetzungen ausgegangen sind, daß sie dem schwer beleidigten Torpedodirektor Entschuldigung bieten wollen, und daß sie schließlich ihr wiederhergestelltes Vertrauen zum Ausdruck bringen.

4. Von alledem steht nichts in der Eingabe, Ratt dessen ist die Situation durch die zweite Resolution vom 19. Oktober noch wesentlich verschärft worden: einmal durch Zustimmung von nunmehr 3000 Arbeitern aller Ressorts zu der Resolution, dann, weil weder von einem Ausschussmitglied noch von einem andern, inzwischen aufgekündigten Arbeiter die gute Gelegenheit benützt worden ist, die dem Ausschuss gegebenen Aufklärungen vorzubringen und in ihrem Sinne zu wirken.

5. Ganz im Gegensatz dazu ist in der zweiten Resolution behauptet, daß die Wortworte gegen den Torpedodirektor Tatsachen seien und als solche der Werftverwaltung bekannt sein müßten, daß die Werft einseitig gegen die Arbeiter Partei genommen und den betroffenen Arbeitern schweres Unrecht zugefügt habe. Und hierdurch sei der letzte Rest von Vertrauen zur Werft zum Schwanden gebracht. Zum Schluß wird die Zurücknahme der Maßnahmen der Werft und die Entziehung des Torpedodirektors als einzige Möglichkeit zur Beruhigung der Arbeiter festgesetzt.

6. Dadurch ist es der Werft unmöglich gemacht, in dem Gesuch Garantien zu finden, die zur Aufhebung der Maßnahmen vom 19. Oktober Veranlassung bieten könnten, und bei Weitergabe des Gesuches an das Reichsmarineamt beizubehalten zu berichten.

Wenn der Ausschuss etwas Wirkames für die verletzten Arbeiter zu tun in die Lage kommen will, so muß er dafür sorgen, daß öffentlich von der Arbeiterschaft

- a) anerkannt wird, daß der bisher eingeschlagene Weg ein falscher und der Arbeitsordnung widersprechender war;
b) die Beleidigung des Torpedodirektors durch die Resolution vom 9. Oktober bejätigt wird und
c) der Werftleitung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Auf welche Weise das geschieht, muß dem Arbeiterausschuss überlassen bleiben.

Die Erklärung, daß die Arbeiterschaft gewillt sei, dem Herrn Oberwerftdirektor wie auch Herrn Kapitän Jendahl in voller Öffentlichkeit ihr Vertrauen auszusprechen, genügt der Werftverwaltung nicht. Der Ausschuss wurde nochmals einberufen und ihm

strengenden Tag hinter uns hatten. Der folgende Tag, der 6. November, war ein Sonntag, den wir benützten, um so viel wie möglich von den vielen Londoner Sehenswürdigkeiten herunterzuschauen. Leider wurde dies durch das miserable Wetter stark beeinträchtigt. Am Montag besuchten wir das Hauptbureau des Maschinenbauverbandes (Amalgamated Society of Engineers), wo wir eine längere Konferenz mit den Vorstandsmitgliedern hatten. Diese sind von uns in recht ausgiebiger Weise mit Fragen bearbeitet worden und sie ließen sich keine Mühe verdrücken, um uns die erbetenen Auskünfte zu geben. Der Vorstand der genannten Gewerkschaft hatte ferner versucht, uns den Besuch einer Schiffswerft, der James Frons Wort, zu ermöglichen. Die Erlaubnis dazu wurde uns jedoch verweigert, angeblich, weil dort gegenwärtig ein Kräfteschiß gebaut wird und die Regierung den Besuch von Ausländern nicht gerne sieht.

Der folgende Tag wurde für die Rückreise benützt. Zum erstenmal haben wir bei Tag und haben ein Stück englischer Landschaft, die zwischen London und Dover stellenweise sehr hübsch ist. Während der letzten Tage unseres Aufenthalts in England war das Wetter an der Küste sehr stürmisch gewesen und hatte auch zur Strandung des Hamburger Jünmahlers „Breußen“ geführt. Bei der Ausfahrt aus dem Hafen von Dover haben wir ihn auf den Klippen liegen. Wir hätten für unsere „Seefahrt“ jedoch einen ausnahmsweise ruhigen Tag erwünscht und kamen ohne Gefahr wohlbehalten in Ostende an, von wo die Fahrt gleich weiter nach Brüssel ging. Es war uns noch ein Besuch von Eisenwerken in Seraing bei Lüttich in Aussicht gestellt worden. Dieser ließ sich jedoch in der kurzen Zeit nicht mehr ermöglichen, was wir sehr bedauerten, da wir sie gerne mit deutschen und englischen Werken verglichen hätten. Dagegen wurde es uns in Antwerpen durch die Vermittlung des Gewerkschaftsleiters Maeman ermöglicht, eine Diamantarbeiterleiherei zu besichtigen. Da die deutschen Diamantarbeiter Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, so lag ja auch für uns ein Verbindungsinteresse vor, einen solchen Betrieb anzusehen, was für uns zum großen Teil um so interessanter war, als viele von uns noch nie Gelegenheit gehabt hatten, die Bearbeitung der Diamanten anzusehen. Der Rest des Tages wurde noch zur Besichtigung der schönen Stadt und der Lössenanlagen verwandt.

In Antwerpen trennten sich unsere Wege. Ein Teil der deutschen Delegierten reiste von dort direkt nach Hause; der andere über Brüssel.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über die Lebenshaltung der englischen Arbeiter. Um diese einigermaßen beurteilen zu können, muß man allerdings längere Zeit unter englischen Arbeitern gelebt haben. Wenige Wochen genügen dazu nicht und wenn man, wie wir, nur Gelegenheits hatte, einen flüchtigen Blick in die Arbeiterquartiere zu tun und im übrigen darauf angewiesen war, in den (recht teuren) englischen

nahegelegt, die Arbeiterschaft möge in einer öffentlichen Versammlung erklären, daß sie einen Fehler begangen habe. Vor allem aber sollte die Wert der ersten Punkt unserer Erklärung nicht anerkennen, daß sie einen *Grundsatz* herbeiführen solle. Die Wert steht auf dem Standpunkt, daß das, was die Zeitung schreibt und ein aufstrebender Referent sagt, sie nichts angeht. Die Wert hat hier nur mit ihren Arbeitern zu tun. Diese hätten Fehler gemacht und müßten dieselben auch öffentlich anerkennen. Es sei notwendig, daß eine Arbeiterversammlung stattfindet, der vom Ausschuss eine Resolution vorgelegt wird, welche folgende drei Punkte enthält:

- a) Daß der von den Arbeitern eingeschlagene Weg ein falscher war;
- b) die Anerkennung, daß die Resolutionen vom 9. und 19. Oktober auf unrichtiger Voraussetzung beruhen;
- c) es bedauern, daß in der Resolution der Vorpedobirektor Frensdahl schwer beleidigt ist.

Der Herr Oberwerksdirektor erklärte noch, die Entscheidung, die er treffen werde, hänge von dem Verlauf dieser Versammlung ab. — In mehreren Sitzungen hat der Ausschuss nun unter sich getagt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß er nicht umhin konnte, diese Versammlung einzuberufen. Auch ist er einstimmig zu dem Entschluß gekommen, Ihnen folgende Resolution zur Annahme vorzulegen:

Die heute in Sadelwassers Livoli versammelten Arbeiter aller Resorts der Kaiserlichen Werft erklären nach den Ausführungen des Referenten folgendes:

- a) Daß der von ihnen beschrittene Weg nicht der richtige und ein der Arbeitsordnung widersprechender war;
- b) daß sie in dem Glauben, daß die Voraussetzung zu den Resolutionen vom 9. und 19. Oktober richtig sei, denselben zugestimmt haben;
- c) daß sie nach den heutigen Mitteilungen des Arbeiterausschusses erkennen, daß die beiden Resolutionen vom 9. und 19. Oktober nicht aufrechterhalten werden können, und sie nehmen dieselben daher mit Bedauern zurück.

(Lebhafter Widerspruch und Lachen.)
Ich bin nicht überrascht, ich habe mir gedacht, daß hier einige Anwesende sind, die lachen werden. Ich bin auch sehr überzeugt, daß nicht alle Anwesenden mit meinen Ausführungen einverstanden sind. Aber ich möchte ganz besonders betonen, daß diejenigen, die nicht den Mut haben, meinen Ausführungen hier in aller Öffentlichkeit entgegenzutreten, auch nicht das Recht haben, hinter verschlossenen Türen die Mitglieder des Arbeiterausschusses persönlich zu verunglimpfen. Im Interesse des Friedens und um das gute Einvernehmen zwischen der Werkbehörde und der Metallarbeitergesellschaft wiederherzustellen, ersucht Sie der gesamte Ausschuss, der vorgelegten Resolution Ihre Zustimmung zu geben. Der Ausschuss ist überzeugt, daß die Wert dann auch ihre Maßnahmen zurückzieht. Darum bitte ich Sie im Namen des gesamten Arbeiterausschusses: Stimmen Sie dieser Resolution zu! (Widerspruch.)

Ein Mitglied des Verwaltungsausschusses empfiehlt, eine kurze Rede einzutreten zu lassen. Diese wurde aber nicht gewünscht. Ausschussmitglied Sellmann: Zunächst möchte ich die Erklärung abgeben, daß die vom Kollegen Schmidt gemachten Ausführungen im Namen des gesamten Ausschusses gemacht wurden. Die gesamten Maßnahmen des Ausschusses wurden lediglich auf Drängen der von den Maßnahmen der Wertverwaltung betroffenen Kollegen im Resort VII unternommen. Der Ausschuss hat alles mögliche versucht, um die Sache ins reine zu bringen; doch die Wert verlangt mit aller Gewalt, daß die Beleidigung des Vorpedobirektors Frensdahl in aller Öffentlichkeit zurückgenommen wird. Auch die übrigen Werkarbeiter haben ein Interesse daran, daß wieder Ruhe eintritt. Wenn man sieht, wie ganz alte Leute, die dreißig Jahre und noch länger ein und dieselbe Arbeitsstätte innegehabt haben, nach anderen Resorts veretzt werden und sich an andere Verhältnisse gewöhnen müssen, so muß man sich fragen: Wäre es nicht besser, wenn die ganze Sache aus der Welt geschafft wird? Sie haben Solidarität gezeigt, indem Sie Ihre Zustimmung zu dem Protest in der Angelegenheit der Vorpedowerft gaben; nun haben Sie auch die Pflicht, jetzt Solidarität zu üben bei der gewaltigsten Verdrängung des Kampfes. Die ganze Angelegenheit wird nicht nur den Arbeitern, sondern auch der Wert eine Lehre sein. Die Wert wird in Zukunft allen Gerichten von vornherein die Spitze abbrechen. Wenn in diesem Falle der Sache sofort auf den Grund gegangen wäre, so hätte sie sich nicht so zuspitzen können. Um wieder den Frieden auf der Wert herbeizuführen, ersuche ich Sie: Nehmen Sie Solidarität und stimmen Sie der Resolution zu!

Ausschussmitglied Hirschfeld ersucht die Anwesenden, sich der Stimme nicht zu enthalten, sondern durch die Zustimmung ihre Meinung zulage zu fördern, und sich von keiner Seite beeinflussen zu lassen.

Arbeiter Maalen empfiehlt, der Resolution des Ausschusses nicht zuzustimmen. Die 3000 Mann, die der Resolution in der

Werte zu wohnen, so kann man immerhin recht interessante Beobachtungen machen, wenn sich aber hüten, die daraus gezogenen Schlüsse zu verallgemeinern. Was uns zunächst auffiel, war, daß so viele Arbeiterkinder in so unglücklichem, zerschundenem und schmutzigem Zustand auf den Straßen wabern. Selbst am Sonntag folgten uns in London eine Zeitlang mehrere Kinder, deren eines trotz des stürmenden Regens so zierliche Schritte trug, daß die Fäden daraus hervorsahen. Wiederholt hörten wir von unseren Kollegen die Bemerkung: So würde eine deutsche Arbeiterfamilie ihre Kinder nicht auf die Straße gehen lassen. Allerdings meinte es mir scheinen, als hätten die gezeigten englischen Arbeiterkinder im allgemeinen besser genährt ausgesehen, was jedoch von anderen Teilnehmern an der Reise bestritten wurde. Das Fleisch ist in England viel billiger, wovon wir uns durch Einblick in die Fleischläden überzeugen konnten. In Deutschland fällt es keinen Fleischer ein, durch besondere hübsche Küster anzulocken, zum Teil schon deshalb, weil es ihm selber schwerfällt, das nötige Schlachtvieh anzuschaffen. In England hingegen die Fleischer jedoch nicht nur hübsche machen, sondern ich konnte in London sogar beobachten, wie Fleischer sich bemühen, nach Art des billigen Salzes ihr Fleisch anzuziehen. Hierzig Prozent des in England konsumierten Fleisches kommen aus Argentinien und es ist noch nichts davon bekannt geworden, daß der Gesundheitszustand der englischen Bevölkerung darunter gelitten hätte.

Es aberes hält! Die Zustände der Arbeiterwohnstätten waren — besonders in Birmingham — vielfach befehl mit France, aber — mit Bedauern müssen wir es sagen — solche, die auch nur halbwegs sauber anstehen, gehören zu den Seltenheiten. Manche Parteien gründen das Schwere. Wir sahen es bei uns in den Wohnungen anstehen!

Die Engländer, die in den letzten Jahren Deutschland besucht haben, waren — einzeln, als Schutzkäufer oder Freisäufer — einzig in dem Maße der deutschen Arbeitermasse. Und in der Zeit verdient die deutsche Arbeitermasse keines Lob aus, hauptsächlich wegen ihrer wirtschaftlichen Lächerlichkeit. Diese wird ja auch besonders von den englischen Schutzkäufern hervorgehoben — gewissermaßen als Nachwirkung der Volkswirtschaft durch die deutschen Schutzkäufer. Es wird gesagt, daß der englische Arbeiter, trotz höheren Lohnes und billigeren Lebensmitteln, im allgemeinen nicht so gut, wenn nicht gar noch schlechter lebe als der deutsche. Dies kommt von den Gesundheitszuständen der deutschen Arbeitermasse. Wir wollen, wie gesagt, an dieser Stelle die Frage nicht entscheiden, aber wir das eine noch sagen: Selbst, wenn alles dies der Fall wäre, soll dann die hantwärtliche Tätigkeit der deutschen Arbeiterfrau nur dazu ansetzen, den amerikanischen Charakter als Ausbeutungsobjekt zu dienen? Wir glauben nicht.

öffentlichen Versammlung zugestimmt haben, können sich doch nicht als Wähler hinstellen, zumal nachdem von der Wert so viele Arbeiter gemahngelt sind. Es ist sicher, daß alle diejenigen, die im schwarzen Buche stehen, bei passender Gelegenheit auch hinauszufliegen. Unter diesen befinden sich aber auch diejenigen, die auf den Knien zum Herrn Frensdahl gerichtet sind. Nachdem die Resolution gegen Herrn Frensdahl schon mehrmals angenommen ist, kann heute keine Gegenresolution angenommen werden. (Lebhafte Proteste.)

Arbeiter Sommer: Wenn der Ausschuss mehr mit den Arbeitern Fühlung nehmen würde, so würde manches anders aussehen. Leider getraut sich hier niemand zu reden. Ich kann es auch keinem Familienvater verdenken, seine Existenz zu riskieren. Dafür müssen die Jüngeren einbringen und der Wert einmal sagen, was er sagen will. Es ist traurig, daß ein Arbeiter der Vorpedowerft gemahngelt wurde, weil er eine gefundene Schnapsflasche an sich genommen hatte, um sie zu Arbeitszwecken zu verwenden. Es ist traurig, daß, wie in aller Öffentlichkeit gesagt wird, gegenüber einem Arbeiter der Ausbruch von Herrn Frensdahl gefallen ist: „Wenn ich meinen Dolch bei mir gehabt hätte, so wäre etwas anderes passiert.“ Solche Reden gehören nach Rußland, nicht nach Deutschland! Es ist auch traurig, daß die Wert die Arbeiter nach der Versammlung am 9. Oktober fragte, was sie Sonntags tun: Sie hat die Arbeiter, welche die Wahrheit sagten, auch noch durch Verletzung bestraft. Ich möchte diese Arbeiter auffordern, tüchtige Agitatoren für die Gewerkschaft zu sein. Und wenn die Wert weitere Maßnahmen vornimmt, so wird auch das nur Agitation für die Arbeiterbewegung sein. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende Müller betonte gegenüber den dem Ausschuss gemachten Vorwürfen, daß der Ausschuss stets die Interessen seiner Wähler vertreten habe. Auch indem er die Resolution vorgelegt, glaube er das Interesse der gesamten Arbeiterschaft zu vertreten. Wir treten dafür ein, daß Sie nicht gemahngelt werden. Wo Sie sein müßte, da selbst Sie nicht zu finden; wenn Sie dort sein würde, wo Sie hingehört, dann könnten wir auch noch ein anderes Wort reden. Wir treten hier als Mitglieder auf und müssen den Auftrag vom Unternehmer ebenso annehmen wie vom Arbeiter. Wir haben die Resolution auch nicht sofort geschickt, sondern haben erst nachsorgsam darüber nachgedacht, wie wir der Kalamität aus dem Wege gehen können. Wir wissen, daß die Arbeiterschaft, wenn sie einmal beunruhigt ist, sich nicht so leicht wieder in ein ruhiges Fahrwasser bringen läßt. Darum wollten wir auch heute noch nicht wieder eine Versammlung haben. Wenn die Resolution des Ausschusses abgelehnt werden sollte, so wissen wir ganz bestimmt, daß viele Arbeiter den Saal verlassen, die ein solches Resultat bedauern.

Ausschussmitglied Hirschfeld verteidigte ebenfalls den Ausschuss und ein Arbeiter empfahl dann noch mit einem einigen Satz die Ablehnung der Resolution. Hierauf erfolgte die Abstimmung über die nochmals zur Kenntnis gegebene Resolution per Affirmation. Vorsitzender Müller: Wenn ich richtig gezählt habe, so sind 17 der 20 Stimmen für die Resolution. — Die Gegenprobe war eine überwältigende. Die Resolution ist abgelehnt. Das Resultat wurde mit anhaltendem lebhaftem Beifall aufgenommen.

Vorsitzender Müller: Nach dieser Abstimmung legt der Arbeiterausschuss sein Amt nieder. (Bravorufe.) Der Ausschuss kann in dieser Sache nichts mehr tun, da er das Vertrauen seiner Wähler verloren hat. (Bravorufe.) Damit hatte die imposante Versammlung ihr Ende erreicht. Ruhig verließen die Teilnehmer den Saal.

Lohnbewegung auf den Schiffswerften Deutschlands.

Über die „örtlichen Verhandlungen“ haben damit ihren Abschluß gefunden, die beiden in Betracht kommenden Betriebe den Arbeitern außer den nachfolgend aufgeführten Einstellungslohn noch einige kleinere Zugeständnisse gemacht haben. Die Einstellungslohn für volljährige Arbeiter betragen:

bei Kochs Schiffswerft:		bei der Lübecker Maschinenbaugesellschaft:	
Platz- und Eisenarbeiter . . .	39 ¢	Platzarbeiter	39 ¢
Rieterhelfer	40 =	Eisenarbeiter	39 =
Bohrer	40 =	Rieterhelfermeister	42 =
Schmiede	41 =	Rieterhelfer	40 =
Maschinen Schlosser	42 =	Bohrer	40 =
Schiffschlosser	42 =	Schiffbauer	42 bis 45 =
Kesselschmiede	42 =	Schiffzimmerleute	44 =
Schiffbauer	42 =	Schmiedeschloßmeister	42 =
Rieterhelfermeister	42 =	Schmiedehelfer	40 =
Werkzeugschlosser	43 =	Maschinen Schlosser	40 =
Schiffzimmerer	44 =	Dreher	40 =
Stenauer	44 =	Schloßler- und Eisen- turnarbeiter	40 =
Dreher	46 =	Kesselschmiede	42 =
Maler	51 =	Tischer	45 =
Richtler	52 =	Formen	45 =
Zähler	42 =		
Dockarbeiter	40 =		

Platzarbeiter und Eisenarbeiter erhalten nach vierwöchiger Beschäftigung 1 ¢ pro Stunde Zulage. Wenn auch diese Einstellungslohn nicht alle Kollegen befriedigen können, so entsprechen sie aber doch den in Hamburg getroffenen Ummächtigungen. Es war daher auch nach Lage der Sache von der Kommission bei den Unternehmern nicht mehr herauszuholen. Bedenkt man, daß es die erste Bewegung war, die mit den Wertbesitzern in der Weise geführt worden ist, so ist sicherlich das Gedeihresultat der Bewegung von den Lübecker Kollegen anzuerkennen. Es dürfte auch ein Ansporn für alle Kollegen sein, immer mehr neue Anhänger dem Verband zuzuführen, damit wir bei einer ferneren Bewegung noch besser gerüstet dastehen als diesmal der Fall war.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.
Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Vertragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 27. November der 19. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Nov. bis 3. Dez. 1910 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatutes getattet:
Der Verwaltungsrat gestattet:
Für Hamburg 10 ¢ für männliche und 20 ¢ für weibliche Mitglieder pro Woche;
Für Berlin 10 ¢ pro Woche statt jeilher 5 ¢ für die erwachsenen männl. Mitgl.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Öffentlich gerügt wird:
Auf Antrag der Verwaltungsräte in Hirschberg:
Der Klempner Ernst Diegel, geb. am 3. September 1891 zu Hirschberg, Buch-Nr. Lit. A. 441130, wegen Sperrverbot;
Der Klempner Nikolai Jepsen, geb. am 2. Januar 1888 zu Böhmen, Buch-Nr. Lit. A. 567171, wegen Sperrverbot.

Aufforderung zur Rechtfertigung.
Die nachfolgenden genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

- Auf Antrag der Verwaltungsräte in Hirschberg:
Der Metallarbeiter Waldemar Nielsen, geb. am 20. Sept. 1891 zu Hirschberg, Buch-Nr. 470228, wegen Mitnahme eines Bibliotheksbuchs.
- Auf Antrag der Verwaltungsräte in Heilbronn:
Der Former Josef König, geb. am 23. Dez. 1886 zu Muthlangen, Lit. A. Buch-Nr. 380891, wegen Unterschlagung.
- Auf Antrag der Verwaltungsräte in Köln:
Der Dreher Wilh. Jürgens, geb. am 28. September 1889 zu Schöningen, Lit. A. Buch-Nr. 280104, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.
- der Schlosser Rob. Bruner, geb. am 12. Juni 1890 zu Weiskensfeld, Lit. A. Buch-Nr. 183971, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.
- Auf Antrag der Verwaltungsräte in Mendelsburg:
Der Maschinenbauer Robert Nielsen, geb. am 22. Okt. 1874 zu Ottenen, Buch-Nr. 188972, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.
- Auf Antrag der Verwaltungsräte in Ruhla:
Der Werkzeugmacher Eduard Reiff, geb. am 17. April 1877 zu Gießen, Lit. A. Buch-Nr. 690648, wegen Schwindelacten.

Auszuhalten und an den Vorstand einzusenden ist:
Österreich, Buch Nr. 68241, lautend auf den Former Theodor Janzen, geb. am 28. April 1867 zu Hannover (Saalfeld).

Gestohlen wurde:
Lit. A. Buch-Nr. 461630, lautend auf den Former Johann Ehrlich, geb. am 25. Januar 1893 zu Wulsdorf (Apolda).
Man achte bei der Auszahlung von Reiseunterstützung auf die Unterschrift.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16 a“ zu adressieren. Weidensendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rüststraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinigt ist.
Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugung ist fernzuhalten:

- von Drehern nach Heegermühle b. Eberswalde (Messingwerk U. Hirsch, U.G.) D.;
- von Elektromonturen und Helfern nach Düsseldorf St.; nach Nürnberg St.; nach Zürich;
- von Feilenhäutern und Schleifern nach Remscheid und Umgebung, St.;
- von Formern, Gießereiarbeitern und Kernmachern nach Arnstadt i. Thür. (Feing. & Winter); nach Barmen (Wuppertaler Eisenhütte, Abteilung Leimbach) St.; nach Dornbirn (Firma Hüsch & Ganahl) St.; nach Elberfeld (Firma Jäger) St.; nach Elze i. Hann. (Firma G. Pleißner) St.; nach Gmünd (Hilf & Schweiger) St.; nach Hildesheim a. S., D.; nach Otisheim b. Mühlacker (Firma Welfer Söhne) St.; nach Welter a. Ruhr (Fa. Studenholtz) St.;
- von Fräseern nach Heegermühle b. Eberswalde (Messingwerk U. Hirsch, U.G.) D.;
- von Gold- und Silberarbeitern nach Pforzheim S.;
- von Ketten schmiedern und Zuschlägerern nach Iserlohn (Firma Kaffloer & Grone) St.;
- von Klempnern, Installateuren und Rohrlegern nach Barmen-Elberfeld, St.; nach Eisen, St.; nach Zürich;
- von Mechanikern, Schlossern und Drehern

- von Metallarbeitern aller Branchen nach Kalen (Gebr. Simon, Drahtstrickfabrik); nach Chemnitz (Firma Langer & Co.) St.; nach Gmünd (Hilf & Schweiger) St.; nach Göttingen (G. Künze, Röhrenwerk) D.; nach Hagen i. W. (Fa. Wippermann); nach Kattatt (Waggonfabrik) St.;
- von Metallrüdern nach Kopenhagen, St.;
- von Schlossern und Drehern nach Jena (Fa. C. A. Schietrumpf & Co., Maschin- und Wasserwaagenfabrik);
- von Schlossern und Schmiedern nach Delmenhorst, St.;
- von Schmiedern nach Heegermühle b. Eberswalde (Messingwerk U. Hirsch, U.G.) D.; nach Iserlohn (Kettenfabrik Kaffloer & Grone) St.;
- von Schraubenbrechern und Dreherinnen nach Berlin, S.;
- von Werkzeugenschlossern nach Heegermühle b. Eberswalde (Messingwerk U. Hirsch, U.G.) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; v. Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Auslieferung; D.: Differenzen; W.: Waperegelung; M.: Mißstände; R.: Lohn- oder Alfordreduktion u. s. w. f.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsräte beglaubigt sein.

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Auflösungen in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anträge sind von der Ortsverwaltung, der das Mitglied angehört, absteuern zu lassen. Anträge über Orte, wo keine Ortsverwaltung besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Lichtbildervorträge

- des Kollegen Sebastian Lauterbach aus Stuttgart über Unfallverhütung und Arbeiterschutz in der Metallindustrie werden stattfinden:
- Sonntag, 27. November in Hünen (Witten) bei van Pfler.
- Montag, 28. November in Witten bei Rötgenmeier.
- Dienstag, 29. November in Dortmund im Gewerkschaftshaus.
- Mittwoch, 30. November in Schwerte bei Dortmund, bei Stamme.
- Donnerstag, 1. Dezember in Hörde bei Wilh. Brücher.
- Sonntag, 4. Dezember in Fruchthausen bei van Stokum, Kaiserstr. 92.
- Montag, 5. Dezember in Osnabrück im Arbeiterbildungsverein.
- Dienstag, 6. Dezember in Brackwede bei Bielefeld im Rest. Schröder.
- Mittwoch, 7. Dezember in Bielefeld in der Zentralthalle.
- Donnerstag, 8. Dez. in Schüdenbeide bei Bielefeld im Rest. Büding.
- Freitag, 9. Dezember in Bielefeld in der Zentralthalle.
- Sonntag, 11. Dezember in Siedel (Dannover) bei R. Wrinke.
- Dienstag, 12. Dez. in Hamburg bei Vorwohle, Neuhäbelerstr. 41/43.
- Mittwoch, 14. Dezember in Altona, Blumenstraße, Große Freiheit.
- Donnerstag, 15. Dezember in Hamburg bei Pulowid, Mühlentamp.
- Montag, 17. Dezember in Kassel im Gewerkschaftshaus.

Korrespondenzen.

Fellenhauer.

Kemisch. Der Streik der Maschinenbauer und Hilfsarbeiter dauert unverändert fort. Der Bürgermeister der Stadt Kemisch, Dr. Sarres, versuchte, eine Vermittlung anzubahnen. Der Arbeitgeberverband lehnte aber ab. Verhandlungen hieße nachgeben, und dann wären die von den Fabrikanten bisher gebrachten Opfer vergeblich gewesen. Bürgermeister Dr. Sarres ließ die Streikleiter zu sich kommen und teilte ihnen mit, daß sein Vermittlungsversuch gescheitert sei, für die Unternehmer sei der Kampf zu einer Prinzipienfrage geworden. Am besten wäre es, wenn die Arbeiterschaft den Kampf abbreche. Die Unternehmer hätten versprochen, nach Wiederaufnahme der Arbeit eine Regelung der Lohnverhältnisse herbeizuführen. Weiter hätten sich die Unternehmer auf einen langen Kampf gerüstet, diese würden seit 1. Oktober auch finanziell unterstützt. Wenn die Arbeiterschaft den Kampf aber immer erweitern würde, dann solle mit einer Ausperrung geantwortet werden. In einer hierauf abgehaltenen Versammlung der Streikenden lehnten diese aber einstimmig die Zustimmung, unter diesen Verhältnissen die Arbeit aufzunehmen, ab. — Aus der ganzen Sachlage geht aber hervor, daß der Kampf sich zu einer Wochensache entwickelt hat. Die Unternehmer könnten die Forderungen der Arbeiter ganz gut bewilligen, weil aber der Deutsche Metallarbeiter-Verband dahinter steht, deshalb wird alles abgelehnt. Um die Öffentlichkeit über diesen Punkt zu klären, stellt man aber trotzdem die Forderungen der Arbeiter als unerfüllbar hin. Man jagt nach wie vor von einem für alle Betriebe gleichlautenden Maschinenbauertarif, den der Deutsche Metallarbeiter-Verband erzwingen wolle. Das ist schon öfters widerlegt worden. Schon am 9. Juli wurde auf ein Eingekandt, das in Kemischer bürgerlichen Zeitungen erschien, folgendes erwidert: „Hierauf ist zu Punkt 1 zu erklären, daß kein Arbeitgeberverband und auch kein beteiligter Fabrikant bekannt ist, daß gar nicht verlangt wurde, einen gleichlautenden Tarif für alle Betriebe abzuschließen. Man braucht keine Arbeitgeberbildung genossen zu haben, um zu wissen, daß eine derartige Forderung undurchführbar ist. Wir wollen aber die Forderung der Hauer betreffend Akkordtarif nochmals wiederholen. Es sollen auf der Grundlage des eingereichten Entwurfs unter Berücksichtigung der Verhältnisse in den einzelnen Betrieben, Abschlässe gemacht werden, die nicht willkürlich geändert werden können.“ Klarer konnte wohl nicht gesagt werden, daß unser Verband nicht das will, was man ihm unterstellen möchte. Weiter wird für die Hilfsarbeiter ein Stundenlohn von sage und schreibe 40 S. gefordert. Aber wie gesagt, es handelt sich bei dem Kampfe der Fellenarbeiter nicht um die Forderungen der Arbeiter, die der Arbeitgeberverband bekämpft, sondern den Fabrikanten geht es darum, unsern Verband einzuschwächen, ihm eine Schwäche beizubringen, um dann die Ausbeutung der Gesamtmetallarbeiterchaft im Kemischer Industriebezirk besser betreiben zu können. Daß dem so ist, könnten wir urkundlich belegen, es würde aber hier zu weit führen. Die Fellenfabrikanten sind im hiesigen Arbeitgeberverband die bestorganisierte Gruppe und wiederum sind gerade unter dieser Gruppe die größten Schmarotzer. Aber seit kann der Streik der Fellenarbeiter als die erste Marzialbewegung gegen den hiesigen Arbeitgeberverband angesehen werden, der nun versucht, gerade diese erste Bewegung mit allen Mitteln zu bekämpfen und niederzurufen. Denn aber sind auch einige Großfabrikanten da, die die Kleinen vorantreiben — um Ausscharen im Kampf aufzufordern; diese Großfabrikanten haben ein besonderes Interesse an diesem Streik, sie wollen die Kleinen unternehmer von der Bildfläche verschwinden lassen. Wenn dann die Rundschau sich verzogen hat und diese Kleinunternehmer von vorn anfangen müssen, dann wird es den Großfirmen ein Vergnügen sein, ihren treuen Kollegen den Varaus zu machen. Dieses wird besonders denen einleuchten, die den Konkurrenzkampf der Fellenfabrikanten, wie er schon vor dem Streik war, kennen. In der Kommission, die bei dem jetzigen Kampfe die Interessen der Fellenfabrikanten vertreten soll, sitzen drei Unternehmer, darunter zwei Vertreter von Großfirmen, die von unserer Seite gar nicht mit in den Streik einbezogen worden sind, also auch nichts damit zu tun haben. Wie also von dieser Seite Schwärz gemacht wird, kann man sich denken. Die Kleinen Unternehmer aber spielen dabei die Nummern, denn sie helfen selbst den Kl auf abfügen, auf dem sie sitzen. Wir sind überzeugt, wenn die Kleinfabrikanten über die einzelnen Phasen des Kampfes objektiv von ihren „größeren“ Kollegen aufgeklärt worden wären, hätte der Kampf schon längst sein Ende erreicht. Die streikenden Fellenarbeiter müssen in diesem Kampfe schwere Opfer bringen, aber trotz alledem stehen unsere Kollegen fest wie ein Mann. Sie wissen, daß der Kampf nach wie vor günstig steht und welche Verantwortung sie der Gesamtmetallarbeiterchaft gegenüber auf sich genommen haben, als sie die Bewegung einleiteten. Aus diesem Grunde stehen hinter den Kampfen aber auch die Arbeiter (nicht nur die Metallarbeiter) des hiesigen Bezirks, so daß es möglich war, Entlohnungsleistungen auszuführen. Hier kommt es darauf an, wer es am längsten aushält. Die Arbeiter haben sich noch auf eine lange Dauer gerüstet, sie werden aber die Friedenshand, wenn sie zum e h c i e n Frieden geboten wird, nicht zurückweisen. Die wenigen Abtrünnigen können die Streikenden nicht trennen machen, denn mit diesen Leuten ist von Anfang an als mit unsicheren Rationisten gerechnet worden. Die Kollegen im Lande aber werden ermutigt, noch mehr als bisher nach Streikarbeit zu fahnden und sofort der Verbandsleitung Mitteilung zukommen zu lassen, wenn ihnen irgendwelche Arbeiten verdächtig erscheinen.

Güldenarbeiter.

Essen a. Ruhr. In dem in Nummer 45 unter dieser Rubrik veröffentlichten Artikel sind einige Unrichtigkeiten unterlaufen. 1. Es soll (Seite 558, Spalte 3, Zeile 24 von unten) nicht heißen: Die Leute verbrennen sich, weil dort, wo die Schlacke gelippt wird, keine Falten vorhanden sind, sondern es muß heißen: weil da keine Überdachung ist. 2. Es soll ferner in den nächsten Zeilen nicht heißen: Kassen zum Schlackefahren sind ebenfalls nicht genügend vorhanden, sondern: Kassen sind genügend da, nur Wagen sind nicht in genügender Anzahl vorhanden. 3. Es soll (Seite 559, Spalte 1 bei den Wannenmannschaften) nicht heißen: Wird ein Stopfen in der Pfanne verpaßt und wird der Gus undicht, sondern: Wird ein Stopfen in der Pfanne verpaßt und der wird undicht, dann wird der Mann bestraft. 4. In Spalte 2, Seite 559, soll es nicht heißen: Wer das Geleise betritt, wird bestraft, sondern: Wer das Geleise während des Hangierens betritt, der wird mit Strafe bedroht.

Metallarbeiter.

Gmünd (Schwäb.). Die Firma Gebr. Nitz & Schweizer (Maschinenfabrik und Eisengießerei) hat bei der angekündigten allgemeinen Metallarbeiterausperrung den bei uns organisierten Schloßern gekündigt. Allgemein nahm man an, daß es sich um eine Kündigung im Sinne der allgemeinen Ausperrung handele. Dem war aber nicht so, denn die Firma ließ unmissverständlich erkennen, daß es eine besondere Maßregel gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband sein sollte, und sie kündigte den Leuten nur deshalb, weil sie Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes waren. Da selbst auf ein Schreiben an den Metallindustriellen-Verband in dieser Sache die Kündigungen nicht zurückgenommen wurden, so ist von uns über diesen Betrieb die allgemeine Sperre verhängt worden. Daraufhin suchte die Firma in hiesigen Zeitungen und im Ober-Schwäbischen Anzeiger Maschinenmacher, Modellschlosser und Formner, die nicht Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, für einige bevorzugte Stellen. Jeder denkende Arbeiter, ob organisiert oder nicht, wird daraus sofort erkennen, daß

in diesem Betrieb etwas nicht recht lappt, sonst wären doch die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht von einer eventuellen Verwerfung ausgeschlossen. Wir werden ja sehen, ob sich Unorganisierte finden oder solche, die in einer derartigen Organisation sind, die schon einmal für diese Firma Ausperrungsdienste leistete, indem sie während des Formnerstreiks Arbeitswillige vermittelte und sogar noch das Jahrgeld von Pforzheim nach hier bezahlte. Das konnte natürlich keine andere Organisation sein als der „christliche“ Metallarbeiterverband. Zugang von Maschinenbauern, Modellschlossern, Drechern und Formnern ist von der Firma Gebr. Nitz & Schweizer streng fernzuhalten! **Ferlok.** (Angebrochene Ausperrung.) Am 12. September haben die Kettenhämmer der Firma Kaffloer, Erone & Co. wegen Akkordreduktionen und weil für Mehrarbeit an einer Kettenforke nur 1 statt 2 S. bezahlt wurde, gekündigt. Als der Streik einige Zeit gehauert hatte, legte sich der Ferlokner Fabrikantenverein ins Mittel. Am 24. Oktober verübte er großspurig: „Auf Grund eingehender Prüfung ist festgestellt worden, daß der von den Arbeiterorganisationen bei der Firma Kaffloer, Erone & Co., S. m. b. H., hervorgerufene Streik jeder Begründung entbehrt und die über diese Firma verhängte Sperre als ein unbedingter Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Arbeitgeber bezeichnet werden muß. Der unterzeichnete Verein hat daher in seiner heutigen Generalversammlung einstimmig den Beschluß gefaßt, falls die verhängte Sperre nicht bis zum 7. November aufgehoben sein wird, zum Schutze der betroffenen Firma energische Maßnahmen zu ergreifen. Wir erwarten von dem besonnenen Teil unserer Arbeiterschaft, daß er alles ausblet, wie, unsere Stadt und Umgebung vor solchen Schäden zu bewahren, wie wir sie im Jahre 1903 leider kennen lernen mußten!“ Das Schreckgespenst von 1903 müßte aber nichts. Wir schreiben jetzt 1910. Die Arbeiter trocken also nicht ins Maulschloß, sondern harrten im Kampfe aus. Der Fabrikantenverein hat nun zu „energischen Maßnahmen“ gegriffen, aber nicht wie großspurig angekündigt wurde, durch eine Ausperrung über den ganzen Bezirk Arnstberg, sondern man hat, um wenigstens etwas zu machen und sich nicht zu sehr zu blamieren, eine Streikbrecherkolonne von der Firma Frau Auguste Müller in Hamburg herangeholt. Am 8. November nachmittags wurden diese Kausreißer per Wagen von mehreren Schutzleuten (darunter auch der Polizeikommissar) begleitet nach der Fabrik gebracht. Das Schutzmannaufgebot, zu dem sich dann noch ein Gendarm einsand, war 8 Mann stark, es bewachte den ganzen Nachmittags und am Abend die Fabrik und die dazu gehörigen Wohnhäuser, da in eines der lechlebenden die Streikbrecher untergebracht worden waren. Zwei Wagen mit eisernen Bettstellen und Strohhelmen wurden nach der Fabrik gefahren und man sah später, wie Streikbrecher mit Stopfen von Strohhelmen beschäftigt waren. Wie Gejangene werden diese Arbeitswilligen behütet, damit keiner der Streikenden mit ihnen in Berührung kommt. Dieses sind die „energischen Maßnahmen“ der Herren Fabrikanten. Da diese Herren noch von der letzten Ausperrung kurlert sind, und eine neue Lehre durch die Sagerer Ausperrung bekommen haben, ist man offenbar nicht mit den Schmarotzerplänen einverstanden. Und so glaubt man, mit Hilfe dieser Lieblinge nochmals um eine Ausperrung herumzukommen. Aber wenn man annimmt, die streikenden Arbeiter mit Hilfe dieser Arbeitswilligen provozieren zu können, so wird man sich gewaltig irren. Die Arbeiterschaft Ferlokners wird auch fernhin in den kommenden Dingen mit der größten Ruhe entgegensehen, um so mehr, da die Arbeitswilligen alles andere sind, nur keine Kettenhämmer. — Die Vertrauenskommission des Fabrikantenvereins erließ nun am 8. November folgende neue „Erklärung“: „Nachdem die in unserer Erklärung vom 24. Oktober festgelegte Frist für die Aufhebung der seit dem 13. September des. Bz. von der Arbeiterorganisation des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes über die Firma Kaffloer, Erone & Co. verhängte Sperre mit dem gestrigen Tage abgelaufen ist, ohne daß die Sperre aufgehoben ist, haben wir dafür gesorgt, daß der Betrieb bei der Firma Kaffloer, Erone & Co. vom heutigen Tage ab mit von auswärts herangezogenen Arbeitswilligen wieder aufgenommen wird. Wir werden keine Kosten und Mittel scheuen, um unser Mitglied, die Firma Kaffloer, Erone & Co., in Stand zu setzen, mit diesen Arbeitswilligen den Betrieb aufrecht zu erhalten. Sollte jedoch wider Erwarten die Firma hieran behindert werden, dann wird die unterzeichnete Vertrauenskommission der Mitgliederversammlung unseres Vereins empfehlen, eine allgemeine Stilllegung sämtlicher Betriebe der zu unserm Verein gehörigen Mitglieder zu beschließen. Nachdem die Firma Kaffloer, Erone & Co. weitgehendes Entgegenkommen zur Beilegung des Streitfalles gezeigt hat und nachdem die von uns eingeleitete Kommission wiederholt — leider vergeblich — sich ernstlich bemüht hat, den Frieden zwischen den beiden Parteien wieder herzustellen, unterliegt es für uns keinem Zweifel, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um Lohnstreitigkeiten, sondern um einen systematischen Verstoß des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes handelt, die guten Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern. Im Interesse eines friedlichen Einvernehmens mit unseren Arbeitern werden wir uns diesem Verstoß mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln widersetzen und wir rechnen dabei auf die verständnisvolle Unterstützung aller besonnenen Arbeiter und Mitbürger.“ — Also, um die guten Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern, soll es sich beim Deutschen Metallarbeiter-Verband handeln. Dabei hat der Fabrikantenverein einen Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zur Verhandlung gar nicht zugelassen, sondern man verlangte kategorisch, daß der Arbeiterauschuß mit bindenden Vollmachten mit dem Fabrikantenverein verhandeln solle. Das die Arbeiter jedoch ablehnen mußten, da sie, wenn schon ein Organisationsvertreter nicht zugelassen wird, unter allen Umständen erst Verzicht von der Verhandlung haben mußten, ehe man den Vermittlungen zustimmen konnte. Ein weitgehendes Entgegenkommen nennt der Fabrikantenverein die Zahlung einer Stunde Lohn für das Umbauen der Geleise, das oft länger als einen Tag dauert. Kein, gerade der Fabrikantenverein von Ferlok ist es, der mit aller Gewalt die Arbeiter um ihre Rechte bringen will. Wer die guten Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern fördert, hat uns die letzte Gewerbegerichtsstunde wieder gezeigt. Die Arbeiter sind es ganz gewiß nicht, sonst wäre die Firma Kaffloer, Erone & Co. nicht verurteilt worden. — Die Kausreißer werden der Firma immerhin recht teuer werden, da es mit einer einzigen Ausnahme keine Kettenhämmer sind. Die Firma wird recht bald einsehen, daß die Sache sehr unannehmliche Folgen für sie hat und sie sich besser stellt, wenn sie mit ihren alten Leuten arbeiten kann. Die Arbeitswilligen sind auch alle mit Redolieren ausgerüstet. Gleich an den ersten Tagen haben sie während der Mittagsstunde Schenkungen unter den Augen eines Polizeibeamten, der den Vertrieb und die Arbeitswilligen beachtet, abgehalten. Mit der Bewaffnung der Arbeitswilligen durch den Fabrikantenverein ist uns ein gutes Gedächtnis gemacht worden. Man kann daraus ersehen, daß man solche Revolverhelden nur heranzüchtet, um die Arbeiterschaft zu provozieren. Man kann sich auch vorstellen, wie Erzele à la Modest zu Lande kommen. Nun gut, wenn die Unternehmer denken, auf diese Weise Material gegen die Arbeiterbewegung zu bekommen, so täuschen sie sich. Die Ferlokner Arbeiterschaft läßt sich nicht provozieren und auch durch nichts beeinflussen, die Streikenden werden auch für ihre gerechte Sache weiterkämpfen, mag der Fabrikantenverein es belächeln, was er will! In Ferlokner lässt es an zu tun; will der Fabrikantenverein uns noch schneller vorwärts helfen, dann nur so fortzuharren, aber nicht nur drohen, sondern das Angebrochene auch durchzuführen! Die Herren Unternehmer mögen sich aber einmal bei der Firma Gebr. Dörle in G e d e l s b e r g bei Wittmann nachfolgen in der Besatzung der Metallindustrie nach der „Machtstellung“ der Streikbrecher erkundigen, von diesen Firmen werden die „Referenzen“ bekommen. — Wir erlauben, den Zugang von Kettenhämmern streng fernzuhalten, dann können wir getroßt in die Zukunft schauen.

Collingen. Die Kollegen haben schon aus dem Bericht Nr. 46 über unsere Preiserversammlung erfahren können, daß die Führer des Industriearbeiterverbandes und vornehmlich ihr Organ der Stahlwarenarbeiter seit einiger Zeit wieder einen systematischen Kampf gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband führen. Hat man doch den mehr als sonderbaren Stahlwarenarbeiter mit den Verdächtigungsartikeln gegen unsern Verband eine Zeilung in einer größeren Auflage drucken und verteilen lassen. Das hat man endlich wieder eingestellt, weil man sich überzeugen mußte, daß dadurch der Metallarbeiter-Verband doch nicht unterzulegen ist. Aber ebenso eifrig oder noch eifriger als bisher wird von den Führern des Industriearbeiterverbandes die Gespinnst- und Gebirgsarbeiterbetriebe, um die Mitglieder ihres Verbandes vor uns grault zu machen. Nachdem man mit der „Masseaufgabe“ des Stahlwarenarbeiters kein Glück gehabt hat, versuchte man es am 7. November sogar mit einer öffentlichen Versammlung, für die man das Thema gewählt hatte: „Der neueste Versuch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.“ Der erste Referent war Karl Schlich vom Industriearbeiterverband. Dieser führte aus: Die Kollegen haben wohl mit Recht schon darüber nachgedacht, warum diese Versammlung mit einer solchen Tagesordnung nötig war. Aber das ergab sich aus den Umständen. Und wie haben sie deshalb zu einer öffentlichen gemacht, weil wir es nicht verstehen, wenn man geschlossene Versammlungen abhält. Ich habe nun erst vorgehabt, allein den Fall Laug zu behandeln; nach dem Inerat des Metallarbeiter-Verbandes aber in der Samstagsnummer der Arbeiterstimme muß ich auf alle Dinge der letzten Zeit eingehen. Wie war es mit dem Falle Laug? Diese Firma in Saar hatte einen Vorentscheid eingerichtet und war deshalb von uns in Streit erklärt worden. Vor einigen Wochen ersuchten wir nun, daß unter den Arbeitswilligen Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes seien. Wir machten Kapp darauf aufmerksam; ihm wurde es auf eine Anfrage in Elberfeld, wozu diese Mitglieder gehören, anfangs bestritten, doch später bestätigt. Kapp telephonierte dann von unserm Bureau aus selbst nach Elberfeld und verlangte, daß diese Mitglieder die Arbeit niederlegen. Weiter verständigten wir uns mit ihm dahin, einmal zusammen nach Saar zu fahren, um die Arbeitniederlegung herbeizuführen. An dem betreffenden Tage, für den dieser Weg festgelegt worden war, telephonierte mir Kapp auf eine Anfrage, daß er Herber schon nach Saar geschickt habe. Darauf fuhr Braun und ich auch hin, kamen aber eher an als Herber. Dieser hat dann die Arbeiter bei Laug aufgefordert, die Arbeit niederzulegen. Insgesamt kamen dabei fünf Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes in Frage. Wir wurden uns weiter mit Herber einig, noch eine Besprechung der Arbeiter abzuhalten. Diese fand statt und das Abkommen mit dem Metallarbeiter-Verband wurde von uns vorgetragen. In der Diskussion sprach Herber: dabei sagte er aber: Was Schlich hier vorgetragen hat, stimmt. Wir wußten aber nicht, weshalb Laug in Streit erklärt worden ist. Nachdem wir nun erfahren haben, daß es wegen des Kampfes gegen einen Vorentscheid geschehen sei, können wir nicht mehr mitmachen. Der Metallarbeiter-Verband wolle versuchen, Lohnsätze einzuführen und die Löhne erhöhen, aber so, daß auch noch die Selbständigen profitieren können. Guleit erklärte Herber, daß der Sache nicht gedient sei, wenn die Kollegen den Metallarbeiter-Verband verlassen würden. Braun und ich wandten uns gegen diese Ausführungen, bis Herber noch sagte, daß man wohl die Debatte schließen könne, da ihm von Kapp mitgeteilt worden sei, daß er schon mit dem Vorstand des Industriearbeiterverbandes über die Sache gesprochen habe und Verhandlungen führen wolle. Als wir am anderen Morgen ins Bureau kamen, ersuchten wir, daß unser Vorstand mit Kapp sein Wort darüber gewechselt hat. Als Kapp nun selbst wegen des Ausgangs der Versammlung in Saar anfragte, sagten wir ihm, daß wir die Kommittee nicht mitmachen wollten. Und so wurde die öffentliche Versammlung der Scherenbranche einberufen. Wir diskutierten aber noch immer mit der Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes wegen des Streiks in Saar. Schließlich gingen wir in deren Bureau, wo wir unsere Geneigtheit erklärten, die Versammlungseinladung zurückzunehmen, da Kapp immer noch auf dem Standpunkt stand, daß die Leute bei Laug heraus müßten. Groß setzte auch eine zu veröffentlichende Erklärung auf, darin war aber von einer irtümlichen Auffassung die Rede. Wir wurden nun jedoch nicht einig, wie es das Inerat des Metallarbeiter-Verbandes behauptet. (Kapp rief hier: Das ist eine direkte Lüge!) Nun, dann muß ich näher darauf eingehen. Wir haben keine bestimmte Erklärung abgegeben, denn die Metallarbeiter wollten nicht eingestehen, daß Herber einen Fehler gemacht hat. Nur das eine haben wir zugesagt, daß die Versammlung überflüssig ist. Danach telephonierten wir Kapp an und schlugen ihm eine neue Erklärung vor, die er auch vorgelegt erhielt. Wir hatten gerade eine Vertreterversammlung. Als Kapp nun keine Antwort gab, ging ich selbst zu ihm. Wir wurden nicht einig, trotzdem wir in der Erklärung Herber nicht beim Namen nennen, sondern sagen wollten: ein Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes. So blieb es bei der Versammlung. Kapp fragte noch an, ob er auch das Wort erhalten würde. Das bejahten wir. Nun ist es nicht nur bei Laug so mit dem Metallarbeiter-Verband gewesen, sondern auch bei der Firma D i n g e r. Die Arbeiter dieser Firma kamen zu uns und klagten, daß sie nicht genug verdienten. Wir holten alle Leute heraus, auch das Mitglied Klein des Metallarbeiter-Verbandes. Es wurde wieder von Kapp hineingeschickt, trotzdem wir uns erboten hatten, sogar eine Unterfertigung zu zahlen. Und dieses Mitglied verriet heute noch Streikarbeit. (Hier trat eine Störung ein, nach der Schlich weiter redete.) Es ist bezeichnend, daß ein Branchenführer des Metallarbeiter-Verbandes, der den Klein nicht als Kollegen anerkennt, von Kapp ausgelacht wird. (Erweiter Lärm. Rufe: Einwärts!) Herber hat auch zu dem Klein draußen im Hauskur gesagt: Glaube nicht, daß wir dich heraushaben wollen; wir haben nach wie vor auf deinem Standpunkt. (Abermals Lärm. Zurufe.) Die Worte mögen auch etwas anders gedeutet haben, der Sinn war aber der. — Die Unzufriedenheit in den Reihen der Metallarbeiter ist groß, so bei den Gabelschneidern, wie das ein Bericht über ihre letzten Versammlungen sagt; denn darin heißt es, daß auf Einhaltung des Preisvergleichnisses abhalten werden muß und daß sich die Zwischenabdrücke so entwickelt hat. Wenn der Metallarbeiter-Verband hält, was er in diesem Bericht verspricht, so sind wir mit ihm zufrieden. Aber er handelt in der Bekämpfung der Vorentscheide immer anders. In Saar hat eines seiner Mitglieder gesagt, damit arbeiten wir nur für die Unternehmer. (Lachen. Trabas.) Kollegen, merkt ihr nicht, daß sie euch loswerden wollen? (Lärm.) In den Bezirksversammlungen fällt man über uns her, wo die Mitglieder nicht die Gegenseite hören können. Kapp hat selbst gesagt, wenn er ein Scherenmeister wäre, würde er lieber bis acht Gefellen halten. (Zurufe.) Das hat mir ein Kollege unseres Verbandes und Kollege Peters vom Metallarbeiter-Verband erzählt. (Kapp: Der ist ja gar nicht da gewesen!) Sei Gottlieb Sammesfahr hat der Metallarbeiter-Verband durch einen dort abgehoffenen Tarif gezeigt, wie er für die Lohnschleifer sorgt. Mit derartigen Tarifen können die Vorentscheide nicht bekämpft werden. (Zuruf: Wie steht es denn bei den Kaiserwerfer-Geleisern?) Das ist etwas ganz anderes. (Lärm.) Nur der Industriearbeiterverband kann für die Arbeiter sorgen. (Schlechter Beifall.) Als zweiter Referent sprach danach Karl Braun vom Industriearbeiterverband. Er sagte ungefähr: Nachdem auf den Fall Laug eingegangen, erörtert sich wohl, daß will aber zeigen, warum der Metallarbeiter-Verband die Vorentscheide der Scherenindustrie nur in den Vorentscheid bekämpft, die ihm angefallen. Er läuft ins Gefahr, den Industriearbeiterverband nicht so schnell aufzuweichen zu können. Man hat ja schon ausgerechnet, wenn das letzte Mitglied des Industriearbeiterverbandes verschwinden ist. So schnell geht das freilich nicht, trotzdem man alle Mittel anwendet. Die Funktionäre des Metallarbeiter-Verbandes haben unseren Mitgliedern vorgeredet, der Industriearbeiterverband sei doch ein totesbrennes Hind. Über die Krise läme er nicht hinweg. Die Krise ist jähfester gekommen als vorher, aber der Industriearbeiterverband lebt noch immer. Mit der Krise sind jedoch die Vorentscheide stark emporgelommen; Kollegen gewinnen es über sich, andere Kollegen anzuzubringen. Sie werden allmählich zu einer Gefahr für die Preis-

berzelnisse. Sogar der Fabrikantenverein hat sich ihrer angenommen und damit einen Sturm der Entrüstung bei den Arbeitern hervorgerufen, auch bei denen vom Metallarbeiter-Verband. Da konnte man erwarten, daß der Metallarbeiter-Verband mit gegen die Bärenfüße vorgehen würde. Aber man hatte nur gehofft, die Laten sind nicht gekommen. Es kam der Streik bei Dinger. Damals waren wir noch nicht soweit zur Bekämpfung der Bärenfüße. Doch gingen uns die Kollegen an, die dortigen schlechten Verhältnisse zu verbessern. Wir sagten ihnen, ihr habt eine Ausbeutungsmethode ohne gleichen, doch müßt ihr euch erst organisieren, ehe wir etwas unternehmen können. Das taten die Kollegen, sie traten unserm Verband bei; und einer, Klein, gehörte dem Metallarbeiter-Verband an. Er erhielt bei dem Streik von Rapp die Order, nicht mitzumachen, da der Streik bei ihm vor dem Ausbruch nicht angemeldet worden sei. So wurde der Bewegung das Rückrad gebrochen, die Kollegen gingen wieder in den Betrieb. Rapp selbst ist zu Dinger gegangen und hat im Betrieb gefragt: Leute, seid ihr zufrieden? Was man es bejahte, antwortete er: Dann ist es mit gleich, und wenn ganz Solingen ein Bärenfüße wird. Der Vorstand des Scherenschnittvereins hat auch wiederholt Sitzungen mit dem Metallarbeiter-Verband wegen der Bärenfüße abgehalten. Da wurden aber von den Metallarbeitern so konfuse Vorschläge gemacht, daß unsere Kollegen nicht mehr mitliefen. Hier ist eben etwas anderes im Spiel: man will der Selbstständigkeit der Arbeiter ein Ende machen. In den Sitzungen hat man gesagt, die Bärenfüße seien eine Entwürdigung. Ja, aber eine rückfällige. Es müßten nach den Vorschlägen der Metallarbeiter Tarife abgeklärt werden, nach denen in den Bärenfüßen nicht billiger gearbeitet werden dürfte, wie in den anderen Betrieben. Die Bärenfüße sind doch aber nur dazu da, um billiger arbeiten zu lassen. Die Unternehmer werden deshalb solchen Tarifen den größten Widerstand entgegenzusetzen. Für die Leute in den Bärenfüßen waren ja auch schon Tarife da, aber sie haben sie nicht beachtet. Glaubt man nun, daß sie etwa andere Tarife fassen werden? Bei Hammesfahr hat man solche Tarife gefordert; da sind aber Löhne von 3,50 M. bis 4,50 M. festgesetzt worden. Man hat es nicht verstanden, Löhne zu erreichen, die als ausreichend zu betrachten wären. Den Scherenschnittern ist es gar nicht möglich, für solche Löhne Gejellen zu bekommen. Man geht eben dazu über, die Solinger Industrie zu ruinieren, um so den Metallarbeiter-Verband zu kräftigen. Herber hat gesagt, daß man Tarife schaffen wolle, die die Löhne der Arbeiter in das richtige Verhältnis zum Verdienst des Selbständigen setzen sollen. Das postamt den Arbeitern immer wieder vor, als ob man Vertreter der katholischen Kirche wäre, die auch auf die Zukunft verweist. Wenn der Metallarbeiter-Verband weiter so vorgeht, dann wird er zum Protektor der Bärenfüße und rennt über den Haufen, was bisher geschah. Nur um die Unzufriedenheit in den eigenen Reihen zu dämpfen, geht man gegen die Bärenfüße vor. Es hat sich aber gezeigt, so bei Füssen & Wed, daß wir zusammen hier einen Weg gehen. Da erfordert es doch der gesunde Menschenverstand vom Metallarbeiter-Verband, auch dann für die Sache einzutreten, wenn dabei nur Mitglieder des Industriearbeiterverbandes in Frage kommen. Aber das scheint man nicht tun zu wollen, und zwar deshalb nicht, weil der größte Teil der Scherenschnitt im Industriearbeiterverband organisiert ist. In der letzten kommissarischen Sitzung der Federmetallbranche hat sich aber gezeigt, daß auch die hierzugehörenden Kollegen vom Metallarbeiter-Verband gegen die Bärenfüße sind. Die Herpitterung hat hier doch auch nicht daran gehindert, daß nennenswerte Erfolge errungen worden sind. In der Scherenschnittbranche hat man auch keine Klage darüber gehört, daß unter Preis gearbeitet worden ist. Dagegen sind viele Langjährig im Metallarbeiter-Verband organisierte Kollegen der Firma Warten & Schatz inbetrakt von ihrer Organisationsgewinnung worden, unter Preis zu arbeiten. Die Differenz soll etwa 20 000 M. betragen. In Dülmen soll die Differenz bei einer Firma 10 000 bis 12 000 M. ausmachen; dabei hat man nur 350 M. herausgeholt. Alles das hat der Metallarbeiter-Verband auf dem Gewissen; er geht nicht dagegen vor. Bei dem Vorgehen gegen Weis hat er nun vorgeflogen, gleich 50 bis 60 Fabrikanten auf einmal vorzunehmen. Damit erreicht man aber nichts, denn man hat es bei dem einzelnen noch nicht zu etwas gebracht. Wenn das dann mißlingen sollte, kann man freilich sagen, wir haben alles getan; das Preisverhältnis läßt sich eben nicht halten. Das Preisverhältnis hat den Metallarbeitern schon große Schmerzen gemacht, denn die Kontrolle kostet viel Geld, und das brauchen sie nicht. Die einzige Organisation, die aufständige Preise verleiht, ist der Industriearbeiterverband. (Beispiel: Weisfall) — Lange bestragte für die nun folgende Diskussion, obwiewohl einen Vertreter des Industriearbeiterverbandes und einen des Metallarbeiter-Verbandes reden zu lassen. Gleiche erwiderte, daß die Redner in dieser Weise bereits eingeleitet hat, so daß sich also eine besondere Regelung erübrige. Damit war die Versammlung einberufen. — Als erster Diskussionsredner erhielt der Geschäftsführer der hiesigen Verwaltung-Rolle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Kollege Rapp, das Wort. Dieser führte in 2/3 stündiger Rede aus: Es freut mich, daß ich einmal in voller Öffentlichkeit zu den Kollegen des Industriearbeiter-Verbandes über die Stellung reden kann, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband ihnen gegenüber einnimmt. Solange der Deutsche Metallarbeiter-Verband in Solingen existiert, sind von den Führern der Lokalorganisationen die bis dahin in die Bärenfüße und Behauptungen verbreitet worden. Es gibt Leute im Industriearbeiterverband, die bei jeder Gelegenheit, mache der Deutsche Metallarbeiter-Verband einen Streik oder sonst irgend etwas, diese Tätigkeit unserer Organisation immer mit Mißtrauen beobachten. Von einer tatsächlichen Diskussion kann bei solchen Kollegen des Industriearbeiterverbandes keine Rede sein; auch die beiden Referenten haben in der bekannten Minder des Stahlwarenarbeiters ihr Berichtsmitglied, das bei der hiesigen Arbeiterbewegung aufgeführt haben, zu veröffentlichen versucht. Der Fall Lang, wegen dessen die Versammlung heute einberufen ist, lag wie folgt: Als im Stahlwarenarbeiter, dem größten Leiborgan der Solinger Gewerkschaftsbewegung, bekanntgegeben wurde, daß der Streik über die Firma Lang in Solingen verhandelt sei, beschloßen wir, unter keinen Umständen Mitglieder unseres Verbandes dort in Arbeit treten zu lassen. Nachdem der Streik schon eine längere Zeit gedauert hatte, wurde ich eines Tages nach Solingen gerufen; es ging aber der Kollege Groß her, weil ich verhindert war. Es wurde mir aus erzählt, daß die Kollegen, die bei der Firma Lang in Solingen arbeiteten, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossen hätten. Kollege Groß erklärte aber den dortigen Arbeitern, nachdem er sich die Sachlage beschaute, daß Arbeitswillige bei uns im Verband keine Aufnahme finden würden. Dieses wurde den Arbeitswilligen bei der Firma Lang auch nach dem einen Brief am 1. Oktober 1910 mitgeteilt. Dieser einseitige Sachverhalt übernahm Brief hatte folgenden Inhalt: „Wer Kollege! Die Aufnahme der Scherenschnitt von der Firma Lang können wir in gegenwärtiger Lage nicht vollziehen. Sollte die Sache sich ändern, so steht den Scherenschnitt nichts entgegen, in unserm Verband einzutreten. Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Bekämpfung der Lohnkämpfer in dieser Form die unangenehmste ist. Besonders wenn, wie in diesem Falle, die Arbeiter freieren sollen und können nicht können und weiter. Nach Berücksichtigung der Sachlage, wie sie in Solingen liegt, werden wir den Scherenschnittern durch die Aufnahme in den Verband eher noch von Schaden als von Nutzen sein. Sollen Sie so unerschrocken und teilen den Kollegen mit, daß wir später, wenn die Sache wieder ist, auf die Aufnahme nochmals zurückzukommen können.“ Am Freitag vor acht Tagen erhielten wir nun die Mitteilung, daß zwei Kollegen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bei der Firma Lang Streikarbeit betreiben. Ich habe sofort, daß wir unter keinen Umständen in die Bärenfüße gehen dürfen, und zwar auch gleich vom Bureau des Industriearbeiterverbandes aus nach Solingen, um das nötige zu veranlassen. (Die zwei Streikwilligen Bremer und Schütz gehörten der Verwaltungsstelle Bremer an.) Das hat uns heute nun mir über nicht zugleich bekannt gegeben, ob diese beiden dort als Mitglieder eingeworben werden und ob sie vor dem Streik in Solingen waren, doch wurde von Bremer aus gesagt: was das betrifft, daß die Kollegen bei

uns organisiert sind, werden wir sie schon veranlassen, die Arbeit bei der Firma Lang niederzulegen. Ich selbst erklärte mich bereit, nach Solingen und nach Solingen zu fahren, um die Sache in Ordnung zu bringen. Ich hatte aber keine Zeit, nach Solingen zu fahren und schickte deshalb den Kollegen Herber von der Geschäftsleitung dort hin. Hierbei wurde festgestellt, daß Hopbach drei Wochen bei uns Mitglied war und die Aufnahme des Kollegen Werner noch nicht vollzogen sei. Am anderen Tage ging der Kollege Herber zu Lang und erluchte die Kollegen, die dort arbeiten und Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes waren, die Arbeit niederzulegen, wenn sie die Mitgliedschaft in unserer Organisation behalten wollten. Am nächsten Tage fand in Solingen eine Betriebsversammlung mit den Arbeitern der Firma Lang statt. Bei dieser Gelegenheit wurde zunächst festgestellt, daß die Arbeiter bei Lang nicht zu hielten, warum die Firma Lang bestreikt werden würde. Der Streik ist vom Industriearbeiterverband verhängt worden, ohne die Arbeiter bei der Firma Lang darüber aufzuklären, um was es sich bei diesem Streik handelt. Herber sagte dann am Schluß der Versammlung, daß das weitere die Kollegen Böhmmer und Rapp besorgen würden. Am Tage nach der Versammlung kam dann Böhmmer zu uns auf das Bureau (trotz Stahlwarenarbeiter!), um mit mir zu der Firma Weis zur Regelung der dort bestehenden Differenzen zu gehen. In diesem Augenblick telephonierte Kollege Schütz an. Beide (Böhmmer und Schütz) unterhielten sich nun über den Fall Lang. Böhmmer und ich vereinbarten dann, zusammen nach Solingen zu fahren. Da kam die Anzeige des Industriearbeiterverbandes für die öffentliche Versammlung, in der von dem „neuen Verrat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ die Rede ist. Wir sind es ja nun gewöhnt, solange wir bestehen, vom Industriearbeiterverband als eine Organisation hingestellt zu werden, die zu keiner Hilfe fähig ist. Wir sind es gewöhnt, von den Führern des Industriearbeiterverbandes starke Worte zu hören. Es liegt das in ihrem Bildungsniveau, sie können eben aus ihrer Haut nicht heraus. Das Eine kann ich Ihnen aber sagen: der Deutsche Metallarbeiter-Verband kann stolz auf seine Erfolge sein, mit einer wahren Genugtuung kann er auf seine Vergangenheit zurückblicken, seine Errungenschaften stehen einzig da. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist durch sein energisches Eintreten für die Arbeiterklasse heute zur größten Organisation der Erde geworden. Es würde zu weit führen, wollte ich alle Erfolge Ihnen hier vorbringen, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Laufe der Jahre im Interesse der Gesamtarbeiterschaft errungen hat. Wenn man aber trotz alledem uns mit den Gelben in eine Reihe und unsere Führer mit Lebus auf eine Stufe stellt, so beweist man damit nur, daß die Führer des Industriearbeiterverbandes und besonders der Redakteur Ern die Gelben noch zu über treffen suchen. Nachdem nun das Informativ dieser Versammlung in der Arbeiterstimmte veröffentlicht war, stellte ich Böhmmer telephonisch zur Rede, weshalb denn nun wieder eine derartige Wiederträchtigkeit verübt worden sei. Böhmmer sagte: Mit dem Informativ bin ich selbst nicht einverstanden. Böhmmer fragte dann noch einmal, ob wir gewillt sind, die Leute bei Lang herauszuholen. Ich bejahte das; darauf meinte Böhmmer, daß er dann mit Braun und Schütz zu uns auf das Bureau kommen wolle, um die Sachlage aufzuklären. Es fand eine Sitzung statt, und in dieser wurde folgende Vereinbarung getroffen: Die öffentliche Gewerkschaftsversammlung am Montag (7. November) im Lokale Hungarisch findet nicht statt. Eine Aussprache der Vertreter des Industriearbeiterverbandes und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ergab, daß die Einberufung der Versammlung auf einer irrtümlichen Auffassung beruhte. Ueber den Fall selbst ist eine vollständige Übereinstimmung zwischen den beiden Organisationen erfolgt. Diese Vereinbarung soll in der Arbeiterstimmte veröffentlicht werden. Nicht wahr, Kollege Böhmmer, das stimmt doch? Böhmmer: Ja! Nicht wahr, Kollege Schütz und Braun, so war es doch? (Braun und Schütz schweigen). Später sagte Braun: Darüber reden wir noch.) Nachdem wir so vereinbart hatten, gingen die drei Kollegen hinunter zu dem Büro der Gewerkschaftshaus und machten ihn darauf aufmerksam, daß die Branchenversammlung der Scherenschnittarbeiter jetzt doch stattfinden sollte, weil die öffentliche Versammlung bei Hungarisch (für 7. November) ausfällt! Das ist ein Beweis dafür, daß das Gegenteil dessen wahr ist, was Braun und Schütz jetzt in der öffentlichen Versammlung zu behaupten versuchten. Dann haben wir aber auch noch andere Zeugen, die diese Vereinbarung mit angehört haben: die Kollegen Graf Herms und Peter Heiman. Einige Stunden nach dieser Besprechung erhielt ich von Böhmmer den Befehl, daß er nicht mit nach Solingen gehen wolle, wie wir vereinbart hatten. Den Grund dafür gab er nicht an. Einige Zeit nachher telephonierte uns Schütz vom Industriearbeiterverband, daß er eine andere Vereinbarung gemacht hätte, die er mir mitteilen würde. Dieser Vereinbarung konnten wir aber nicht zustimmen. Hätte man es aber bei der ersten Vereinbarung belassen, so wäre der ganze jekige Jammer und Streit vermieden worden. Aber die Führer des Industriearbeiterverbandes wollten keinen Frieden, sie wollten die Arbeiterklasse entzweien! Man glaubt, dadurch den Deutschen Metallarbeiter-Verband hier in Solingen sprengen zu können. Diese Bräute, die da glauben, unserm Verband einzuweichen zu können, betreiben damit indirekt Unternehmerrspolitik! Sie wachen das, was nach der Tätigkeit eines Lebus und Gewissen ansieht. Hier in Solingen ist eine Einigung der Arbeiterklasse möglich, wenn nur die Hintermänner des Stahlwarenarbeiters eine ehrliche Taktik einschlagen wollten. Aber unsere ganze Tätigkeit wird von den Führern des Industriearbeiterverbandes unter dem Geschäftswinkel der „Aufsangsungspolitik“ betrachtet. Eine solche Politik liegt uns aber vollständig fern. Wir kennen die wirtschaftliche Entwicklung viel zu genau, wir wissen, daß sie auch nach und nach andere Gebiete in die Räder der Arbeiter bringen wird, die uns heute noch fremdlich gelommen sind. Wir wissen, daß eure Räder auch noch einmal durch die Entwicklung der Dinge den Gebieten der modernen Arbeiterbewegung erfassen werden. Es wird sich einmal ein Weg finden, der uns alle unter einen Hut bringen wird. Aber lassen Sie uns nicht für so dumme, für so lächerlich an, daß wir der Meinung seien, die Verhältnisse machen zu können! Nein, Kollegen, da sind wir zu alt in der Arbeiterbewegung geworden, wir wissen, daß wir die Weichen nehmen müssen wie sie sind, nicht wie sie sein sollen. — Nachdem das Informativ des Industriearbeiterverbandes erschienen war, haben wir uns noch einmal nach Solingen beggeben, um die dort beschäftigten Kollegen von uns aufzufordern, den Betrieb zu verlassen. Ich habe die Arbeiter bei Lang aufgefordert, anzuhören. Einige haben es auch getan, einer nicht. (Zuruf: Das heißt Sie ihnen gesagt!) Das ist wieder eine der bekannten Beredsamkeiten, woher Sie die Besuche schuldig bleiben, aber Sie handeln genau nach dem bekannten Sprichwort: „Wer Lebus die tüchtig drauf los, et was bleibt immer hängen.“ Ich bin gestern Sonntag selbst nach Solingen gefahren, um die Aufforderung zur Arbeitsniederlegung an die Arbeiter von Lang, die der Betriebsstelle Namen ausgereicht, nochmals durch einen Einberufungsbrief von der dortigen Verwaltung erreichen zu lassen. Dabei hat sich herausgestellt, daß einer überhaupt kein Mittelschichtliches Interesse ist. Die anderen haben auch sämtlich eine briefliche Aufforderung zur Arbeitsniederlegung erhalten, diese unter Ausbleibung. Sie sehen also, daß wir alles getan haben, was wir tun konnten. Und Sie schreiben nun von einem Verrat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, ja man sagt sogar, daß ein Informativ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes dreifach so wichtig sei! In diesem Informativ sind nichts weiter als solche Lauschen wieder gegeben. Ein solches Informativ und Industriearbeiter in der Partei zusammen und dann nennt man uns Verräter! Das können aber nur Fanatiker und Berlesander sagen. Das Spiel, das hier getrieben wird, bleibt auf der Arbeiterklasse höher lassen und wird auch nach der vollständigen Besetzung Solingen. Wir können keinen prinzipiellen Kampf, aber wenn man die Arbeiterklasse hinführen will, dann hat man keine Disziplin auf. Deshalb antworten

wir auch nicht auf die Angriffe des Stahlwarenarbeiters. Es wäre sonst auch dem Blatte, das unter Ausschluß der Öffentlichkeit erschein, zu viel Ehre angetan. Wir protestieren aber dagegen, daß man sagt, wir hätten Verrat geübt, denn das ist eine Verleumdung; wir haben die Kollegen bei Lang herausgeholt wollen. Den Kollegen hier gegenüber möchte ich aber ein Wort Befehls vom letzten Parteitag zurufen: Industriearbeiter, befehl euch eure Führer! (Lärm und Beifall.) Sorgen Sie dafür, daß Sie von Ihren Führern Aufklärung erhalten, damit auch Arbeiterpolitik getrieben wird. Ich habe gefunden, daß die Christlichen im Kampfe immer noch anständiger gewesen sind als der Stahlwarenarbeiter. — Ich komme nun zu dem Fall Dinger. Dabei muß ich eines vorausschicken. Von dem Industriearbeiterverband sind früher wiederholt Streiks inangiert worden, ohne daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband benachrichtigt wurde. Das hat uns lange beschäftigt. Schließlich kamen wir gemeinsam zu dem Beschluß, daß sich beide Verbände vor dem Beginn eines Streiks von den Dingen Kenntnis zu geben haben. Danach hat aber der Messerschneiderverein bei Hoppe & Dienst doch einmal den Streik erklärt, ohne uns davon Nachricht gegeben zu haben. (Bei Hoppe & Dienst kamen zwei Kollegen des Industriearbeiterverbandes und fünf Kollegen von uns in Betracht.) Da habe ich zu Witte gesagt, daß das nicht wieder vorkommen dürfte. In unserer Ortsverwaltung wurde denn auch beschloffen, in solchen Fällen nicht mehr mitzutun; und das teilten wir dem Industriearbeiterverband in einem Schreiben vom 9. Mai 1910 wie folgt mit: „Wer Kollege! Der Vorstand des Industriearbeiterverbandes wird auf Grund eines Beschlusses der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ersucht: 1. In Fällen von Differenzen oder sonstigen Anlässen, nach denen es rasch erscheint, unsere Kollegen von Ihrer Geschäftsleitung zu einer Besprechung über diese Differenzfälle respektive Anlässe einzuladen, erst unsere Geschäftsleitung hiervon in Kenntnis zu setzen. Einladung von unseren Kollegen zu solchen Sitzungen kann für die Zukunft nur von unserm Verbandsbureau geschehen. Es geht uns in der Hauptsache darum, daß wir zu den in Betracht kommenden Fällen Stellung nehmen können. Die Ortsverwaltung ist der Meinung, daß hierüber eine vollständige Harmonie zwischen den beiden Organisationen herrschen muß. 2. Sodann möchten wir Euch empfehlen, bei solchen Differenzen, welche nach Lage der Sache einen Streik nach sich ziehen können, uns vor der Streikbeschlüßung Nachricht zukommen zu lassen, damit wir vor der Streikbeschlüßung mit unseren Kollegen über die vorliegenden Differenzen Rücksprache und auch Stellung nehmen können. Die Ortsverwaltung stellt sich auf den Standpunkt, daß, wenn uns in der Zukunft keine Mitteilung in solchen Fällen vor der Streikbeschlüßung gemacht wird, wir uns jeder Solidaritätsklärung enthalten müssen. Wir erklären uns unerfährte, daß wir bei jeder Differenz, welche einen Streik nach sich ziehen kann, und Kollegen des Industriearbeiterverbandes bei diesen Firmen in Betracht kommen, uns sofort mit Ihrer Geschäftsleitung in Verbindung setzen wollen. Weiter wünscht die Ortsverwaltung eine allgemeine Aussprache mit dem Vorstand Ihres Verbandes über die zukünftige Besetzung der Vergleichskammern. Ihrer gefälligen Rückantwort entgegengehend, zeichne ich.“ — Am 26. Mai 1910 erhielten wir darauf die Antwort vom Industriearbeiterverband: „Werte Kollegen! Ihr Schreiben vom 9. dieses Monats hat unserer letzten Sitzung vorgelegen. Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß die unserm Verband angeschlossenen Berufsorganisationen in ihren Entscheidungen völlig autonom und nur bei allgemeinen Streiks an die Entscheidung der Vertreterversammlung gebunden sind. Das Einzige, was wir insoweit tun könnten, wäre, einen von Ihnen an uns zu stellenden Antrag betreffs Besetzung der Vergleichskammern den einzelnen Berufsorganisationen zu übermitteln. Gegen eine mündliche Aussprache haben wir nichts einzuwenden und stellen wir Ihnen anheim, das nähere zu veranlassen. Von Ihrem Entschluß, bei vorkommenden Formfehlern in Zukunft keine Solidarität zu üben, haben wir gebührend Kenntnis genommen.“ — Die Wendung: „Von Ihrem Entschluß, bei vorkommenden Formfehlern in Zukunft keine Solidarität zu üben, haben wir gebührend Kenntnis genommen“, konnten wir nicht unverständlich lassen. Im Auftrag der Ortsverwaltung habe ich am 10. Juni 1910 folgendes Schreiben an den Industriearbeiterverband geschickt: „Werte Kollegen! Die Ortsverwaltung hat von Ihrem Schreiben vom 26. Mai dieses Jahres Kenntnis genommen. Wenn in Ihrem Schreiben gesagt wird, von Ihrem Entschluß, bei vorkommenden Formfehlern in Zukunft keine Solidarität zu üben, haben wir gebührend Kenntnis genommen“, so müssen wir uns fragen: Wo haben denn wir in unserem Schreiben in irgendeiner Weise von einem Formfehler oder dergleichen gesprochen? Wir sehen es als eine selbstverständliche Pflicht einer jeden Organisation an, wenigstens solcher Organisationen, die es mit der Arbeiterklasse ernst nehmen, daß da, wo mit anderen Organisationen in Betracht kommen, dieselben frühzeitig zu benachrichtigen. In einem Formfehler stoßen wir uns durchaus nicht, wenn hinter demselben keine Absicht steht. Irrtümer können überall einmal vorkommen und werden auch wir dieselben berichtigungen, sollen wir aber in der Zukunft bei dieser oder jener Gelegenheit mitteilen, so wollen wir auch mitraten. Dieses ist unser Standpunkt und können wir von diesem nicht abgehen.“ — Zu dieser Zeit wurde nun von uns eine intensive Hausorgankation betrieben, wir gaben aber Anweisung, nur zu Unorganisierten zu gehen, nicht zu Mitgliedern des Industriearbeiterverbandes. Im Bureau des Industriearbeiterverbandes wurde aber trotzdem gesagt, daß wir ihnen die Mitglieder obsequenig machen wollten. Das ist aber nicht wahr. Ich freue mich, wenn der Industriearbeiterverband stark wird, wir freuen uns auch über seine Erfolge. Wir denken deshalb auch gar nicht daran, diese Erfolge etwa zu vernichten, im Gegenteil, wir wollen ihnen die Erfolge sichern, und das kann nicht besser als dadurch geschehen, daß wir alle Unorganisierten zu organisieren suchen. Wenn man aber wieder die Taktik einschlagen wollte, wie es bei der Firma Ern an der Wittkulle bei Wald der Fall gewesen ist, so würde man die Bärenfüße in Reinkultur züchten. Annäherung und Aufklärung, Agitation und Organisation mit allen Mitteln und aller Kraft, das muß die Parole der Solinger Arbeiter sein. Braun hat hier erklärt, daß die Arbeiter in der Kaisermetallbranche bis zu 18 M. pro Woche verdienen. Ja, Kollege Braun, wer ist denn hier der Schuldige, daß die Arbeiter in der Kaisermetallbranche so tief mit den Löhnen gesunken sind? Doch die, die die Arbeiter von der Organisation ferngehalten haben. Die Lokalgewerkschaften, der Industriearbeiterverband, haben an dieser Arbeiterkategorie so schwer gearbeitet, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband noch einen härteren Kampf zu bestehen hat, um die Lebenslage dieser Arbeiter auf eine der heutigen Kultur entsprechende Höhe zu bringen. Durch die Parastatistik, ja man kann sagen: durch den Lackengeist, der die Solinger Lokalgewerkschaften beherrscht, sind die Kaisermetallarbeiter auf einem Tiefstand der Lebenslage angelangt, der bei einer vernünftigen Arbeiterpolitik vermieden worden wäre. Wenn von Euch bei der Firma Ern diese Taktik geübt worden wäre, die wir auch im Fall Dinger empfohlen haben, würde das Elend der Kaisermetallarbeiter nicht die heutige Form angenommen haben. (Großer Lärm.) Nun gehe ich auf den Fall Dinger selbst ein. Bei diesem Falle soll ich Klein den Auftrag gegeben haben, weiterzuarbeiten. Das ist nicht wahr. Ich habe den Sachverhalt der Ortsverwaltung unterbreitet, wie ich ihn von Klein mitgeteilt bekam. Die Ortsverwaltung stellte sich auf den Standpunkt, daß zunächst einmal der Fall analog dem Falle von Hoppe & Dienst liege, es sei uns hier wiederum vom Industriearbeiterverband keine Mitteilung gemacht worden. Braun und Schütz waren einmal während dieser Zeit bei uns und sagten, daß es gelte, hier einen Bärenfüße endgültig zu zerstören. Die Kollegen verdienten auch mit der Afforderte einen sehr geringen Lohn. Dabei habe ich festgestellt, daß diese Arbeiter Durchschnittslöhne von täglich 6,35 bis 5,75 M. haben, unter der gewöhnlichen Arbeitszeit. Als münchenswert habe ich es freilich schon damals bezeichnet, daß Klein dem Industriearbeiterverband beitriff,

aber darauf fehlt mir doch jeder Einfluß. Dieser Kampf richtete sich auch zugleich gegen die Fabrikarbeit, gegen die Lohnarbeit; da können wir aber nicht mitmachen. Wohl aber sind wir bereit, mit den Besten von Lohnschleifereien (Bärenställen) Tarife abzuschließen. Dabei wollen wir gemeinsam vorgehen und uns nicht bekämpfen. Ja, ich habe den Führern des Industriearbeiterverbandes erklärt, daß die Tarife, die wir mit den Lohnschleifereien abschließen, auf den bestehenden Preisverzeichnis aufgebaut werden könnten. Da wurde mir gesagt: Das ist alles gut und schön, aber von dem Augenblick an, wo wir einen Tarifvertrag für die Lohnschleifereien anerkennen, müssen wir auch die Fabrikarbeit anerkennen. Es kann auch gar keine Rede davon sein, daß wir die Selbständigkeit zerstören wollen, auch nicht davon, daß wir eine Forderung der Industrie beabsichtigen, denn damit wäre der Deutsche Metallarbeiter-Verband dahin. Das sind aber alles so kleine Nädchen, mit denen man arbeitet. Damit sollte man auf der andern Seite vorsichtiger sein. In dem Falle Dinger zum Beispiel fragte Schütz einmal an, ob die Arbeiter dieser Firma nicht einmal eine Sitzung ohne Beamte abhalten sollten. Wir waren damit einverstanden. In dieser Sitzung ist aber Schütz zugegen gewesen, ja, er hat sogar den Vorsitz geführt. Das sollte ich einmal sehen haben, da hätte ich den Stahlwarenarbeiter sehen mögen! Wenn aber dergleichen vorkommt, dann verliert man das Vertrauen zu den Kollegen. Im Interesse der Allgemeinheit haben wir die letzte Zeit manches heruntergeschluckt, aber manchmal kriecht's einem doch in den Fingern, zumal wenn man sieht, wie der Stahlwarenarbeiter seit einem Vierteljahr gegen uns kämpft. Im Falle Dinger ist da ein Vorkommnis bezeichnend. Ich hatte einige der Kollegen zu einer Besprechung nach der „Gerichtsklaube“ eingeladen. Da sie nun sagten, daß sie kein Geld hätten, meinte ich: „Kommt nur mit, ich bezahle die paar Glas Bier. Der große Deutsche hat ja eine große Kasse.“ Was machte Braun mit diesem Wort? Er geht damit in den Kotten haufieren, wobei er es so darstellt, als ob die Beamten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit den Arbeitergroßen unverständlich umgingen. (Großer Lärm. Zuruf: Soll nicht weiterreden!) Kollegen, ich will jetzt eines konstatieren: Der Kollege Eisenberg hier hat mir eben zugerufen: Das ist euer Leid, ihr Gauner! (Erneuter Lärm.) — Nachdem sich der Fall Dinger so abgepielt hat, trägt der Stahlwarenarbeiter allerlei Nädchen auf. Seine Hintermänner sind aufgeregt darüber, daß wir den Beschluß gefaßt haben, auf seine Angriffe und Anwürfe nicht zu antworten. Als Beweis dafür, wie wenig man bei den Führern des Industriearbeiterverbandes mit den gewerkschaftlichen Praktiken vertraut ist, dient uns die nichtsagende Ausführung über unsere Lohnfragezettel, die heute von allen Zentralverbänden bei Lohnbewegungen an die in den Betrieben in Betracht kommenden Kollegen zur Ausführung verteilt werden. Diese harmlosen Fragezettel sollen nun nach dem Stahlwarenarbeiter den Zweck haben, gegen den Industriearbeiterverband ausgenutzt zu werden. Ich soll auch einmal gefragt haben, wenn ich Scherenkleifer wäre, dann würde ich 7 bis 8 Gesellen halten. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Es war, als ich einmal über kooperativ Arbeit sprach, also über das Bestreben der Unternehmer, mehrere Arbeiten an den Scheren in einem Bärenstall vornehmen zu lassen. Und um nun die Gefahren dieses Arbeitens den Kollegen recht drastisch zu schildern, wandte ich folgendes Beispiel an: Wenn an einer Schere 10 Operationen notwendig sind und der Bärenstallbesitzer für jede Operation einen Operateur in seinen Betrieb setzt, so daß jeder einzelne dieser Operateure tagaus tagaus nichts anderes macht als diese eine Tätigkeit, so werden diese Leute eine Fertigkeit erlangen, mit der die selbständigen Meister nicht konkurrieren können. Nun sind verchiedene in dieser Versammlung gewesen, die diese meine Ausführungen nicht verstanden haben, da und dort ist noch etwas dazu gemacht worden, und so kam es denn in den Stahlwarenarbeiter. Mein Standpunkt ist stets der gewesen, daß ein Gewerkschafter nicht gut Gesellen oder Lehrlinge beschäftigen kann. Denn so gut wie die Meister ihre Preise nach dem Tarif bezahlt verlangen, kann der Geselle eine tarifliche Bezahlung vom Meister verlangen. Aber verlangen wir Tarifverträge für die Gesellen, dann heißt es: „Ihr wollt den Industriearbeiterverband vernichten.“ Aber in Solingen habe ich mich wenigstens so weit „reformiert“, daß ich einen Gesellen und einen Lehrling zulassen will, aber unter keinen Umständen mehr. Das gesunde wäre, wenn auch das westliche. (Sehr richtig!) Der Meister, der Hilfskräfte einstellt, setzt diese Leute doch nicht in seinen Kotten als Parabelsilde, sondern er will etwas damit verdienen. Will er an seinen Hilfskräften verdienen, so sind sie nichts weiter als ein Ausbeutungsgegenstand. (Sehr richtig!) Der Stahlwarenarbeiter schrieb auch einmal, nun wisse man, weshalb der Deutsche Metallarbeiter-Verband eine Diskussion mit dem Industriearbeiterverband scheut. Es wurde dabei der Fall angezogen, daß wir mit der Firma Dinger einen Tarif abschließen wollten. Der Tarif ist aber nicht zustande gekommen. Wegen dieser Bezeugung habe ich auch Schütz, Braun und Böhmert zur Rede gestellt. Dabei stellte es sich heraus, daß sie ihre Kenntnis von einem Kollegen haben wollten, der das auch erst wieder von drei unbekannteren Herren in einem Eisenbahnzug gehört haben will. Das ist vor vier Wochen gewesen; bis heute hat es die journalistische Unständigkeit Erns noch nicht so weit gebracht, die Notiz zu widerrufen. Der hier erwähnte Tarif liegt auch nicht fertig vor; er muß noch der Scherenbranche unserer Organisation vorgelegt und mit dieser festgestellt werden. Auch wollen wir mit den Kollegen des Industriearbeiterverbandes hierüber noch beraten. Wenn sie das nicht tun wollen, müssen wir andere Wege einschlagen. Wir wollen und müssen auch für die Arbeiter eintreten, die in den Bärenställen tätig sind, damit auch sie einen Verdienst verdienen, der den hiesigen Verhältnissen entspricht. Wir wird weiter nachgeredet, daß ich gesagt haben soll, meinetwegen könnte ganz Solingen ein Bärenstall sein. Damit hat es sich aber wiederum ganz anders verhalten. Ich habe gesagt, mir soll es gleichgültig sein, ob selbständig oder nicht, ob im Bärenstall oder bei einem andern Fabrikanten, wenn nur die Arbeiter etwas verdienen und ihr Auskommen haben. Also, mir ist die Hauptsache, daß der Arbeiter das verdient, was er als Mensch braucht. Wie der Industriearbeiterverband arbeitet, dafür einen keinen Beweis: Die Bärenställe haben einen Tarif, der aber infolge der Fabrikarbeit und den mit dieser Hand in Hand gehenden technischen Verbesserungen nicht mehr Schritt halten kann. Um nun die Selbständigkeit zu retten, ging der Industriearbeiterverband dazu über, die Preise des Tariffs um 10 und 15 Prozent herabzusetzen. — Der Deutsche Metallarbeiter-Verband tritt mit aller Kraft für seine Mitglieder ein, in allen Branchen hier in Solingen hat er gezeigt, was er für die hiesige Arbeiterschaft zu leisten in der Lage ist. Nun ist auch gesagt worden, daß die Verhältnisse in der Federmeßerbranche sehr schlecht seien. Ist das aber in anderen Branchen anders? Jetzt, nachdem die Kräfte überwinden und einigermaßen wieder ein günstiger Geschäftsgang eingetreten, zeigen sich erst die Schäden, die durch die hinter uns liegende wirtschaftliche Depression verursacht wurden. Wenn der Industriearbeiterverband für die Federmeßerbranche etwas machen will, dann müßte es einem aber sehr merkwürdig an, wenn die Mitglieder des Fabrikantenvereins verschont bleiben sollen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat sich die Aufgabe gestellt, die Lage der Federmeßerbranche zu verbessern, und das kann nur durch ihn geschehen. Nur dadurch, daß man einen Teil in diese Branche gerieben hat, sind so schlechte Verhältnisse eingetreten. Wenn weiter Blahberg in der Generalversammlung des Industriearbeiterverbandes erklärt hat, mehr herausgeholt zu haben als wir, dann beweist das nur, daß die Mitglieder des Industriearbeiterverbandes am meisten unter Preis gearbeitet haben. (Lärm.) Unsere Mitglieder erhalten auch nicht eine Part für den Verkaufslösungsabend, sondern was sie tun, geschieht aus Interesse an der Sache. Wenn aber der Industriearbeiterverband von Derratt, von einer niederrückigen Vertikale des Deutschen Metallarbeiterverbandes spricht, dann wollen wir einmal den Bericht des Arbeitgeberverbandes im Jahre Solingen vom Jahre

1907/08 sprechen lassen. Es heißt da auf Seite 6: „Aus demselben Grunde haben wir dem Arbeitgeber das Recht gewährt, nach freier Entscheidung und eigenem Ermessen Arbeiter zu beschäftigen, mögen sie nun Mitglieder des Industriearbeiterverbandes, des Metallarbeiterverbandes, des Hirsch-Dundersche, des christlichen Metallarbeiterverbandes sein oder einer Organisation überhaupt nicht angehören, da jedem Arbeiter die Möglichkeit geboten werden muß, in dem Betrieb eines Arbeitgebers, ohne Rücksicht auf die Organisation, seiner Tätigkeit ungehindert nachzugehen. Mit mehreren unserer Mitglieder war früherer Zeit seitens einer Arbeiterorganisation das Abkommen getroffen, daß der Arbeitgeber ausschließlich Arbeiter der betreffenden Organisation beschäftigen dürfe.“ (Gemeint ist hier der sehr rechtschaffene Industriearbeiterverband in Solingen.) Nicht wahr, Kollege Schütz, herartige ichöne Abmachungen habt Ihr getroffen? (Schütz: Das ist nicht wahr!) Dann will ich es Dir beweisen! Follege Pawlowitsch hat am 7. Juni 1907 folgenden Brief an den Kollegen Schütz gefandt: „Werter Kollege! Wie mir von einigen unserer Kollegen mitgeteilt wurde, ist in Ihrem Verein der Beschluß gefaßt worden, daß bei den Firmen Birkendahl und Ohliger nur Mitglieder des Industriearbeiterverbandes beschäftigt werden dürfen, beziehungsweise ist mit diesen Firmen eine diesbezügliche Abmachung getroffen worden. Nach dem Bericht über die Scherenkleiferversammlung vom 13. Mai 1907 (siehe Arbeiterstimme Nr. 112 vom 17. Mai 1907) haben Sie auch berichtet, daß die Firma Birkendahl sich verpflichtet habe, nur Mitglieder des Industriearbeiterverbandes zu beschäftigen. Wie Sie ja wissen, sind auch die 35 Scherenkleifer Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes und ich für uns die Angelegenheit von Interesse, ob derartige Abmachungen existieren oder nicht. Ich möchte Sie deshalb bitten, mir über diese Sache Aufklärung zukommen zu lassen.“ Nun heißt es im Stahlwarenarbeiter Nr. 24 vom 14. Juni 1907: „Der Kollege Schütz hat das Schreiben selbstverständlich unbeantwortet gelassen. Glauben die Metallarbeiterbeamten etwa, der Industriearbeiterverband würde Abmachungen publizieren, die nicht getroffen wurden? Wozu sonst die naive Anfrage und noch dazu per Einschreibebrief? Im Metallarbeiter-Verband mögen derartige Praktiken ja möglich sein, denn belamisch sucht niemand jemand hinterm Strauch, wenn er nicht selbst dahinter gesehen hat. Wir wollen übrigens der Metallarbeiterleistung betonen, daß solche Verträge nicht nur mit den Firmen Birkendahl und Ohliger abgeschlossen wurden, sondern auch noch anderswo. Dem Metallarbeiter-Verband steht es ja frei, das selbe zu tun, wenn er kann! — Solche Abmachungen werden von Ihnen getroffen und da wollen Sie noch von Arbeitererrat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes reden?! Parteigenossen werden von Ihnen brot- und arbeitslos gemacht, wenn ihre Überzeugung mehr dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zugeneigt ist, als dem Industriearbeiterverband! Wenn Sie die Arbeiterinteressen im Auge hätten, wie es unter allen Umständen Pflicht einer jeden Organisation ist, die etwas auf sich hält, dann könnte derartige, wie ich es eben geschrieben habe, nicht eintreten. Eine Klientelwirtschaft darf nicht aufkommen; ist dieses der Fall, dann hört jede gewerkschaftliche Tätigkeit auf. Kollegen des Industriearbeiterverbandes, wenn wir hochhaft sein wollten, so könnten wir die Frage stellen: Wo bleibt eure Arbeit? — Zeigt doch einmal in aller Öffentlichkeit, was Ihr seid und was Ihr leisten könnt. Daß Ihr mit einer Einnahme von 78 000 M. und einer Ausgabe von 71 000 M. laut des Berichtes, der von Euch in der letzten Generalversammlung gegeben worden ist, keine Bäume aus der Erde reihen könnt, wissen wir. Aber ich will Euch glauben, daß Ihr leistungsfähig seid. Es ist aber hier ein sehr widerliches Spiel, wenn der Stahlwarenarbeiter über den Deutschen Metallarbeiter-Verband in der gemeinsten Art und Weise herfällt und auf der andern Seite stehen Böhmert und Rapp — zusammen Streikposten! Es bleibt aber dabei: wir haben bei Laug die Interessen der Arbeiter so vertreten, wie es notwendig war, und wenn Schütz und Braun der Wahrheit die Ehre geben wollten, wenn sie ehrlich sind, müssen sie das zurücknehmen, was gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband von ihnen behauptet worden ist. Geben wir nicht das irrationale Bild, daß wir uns zerfleischen, sondern stehen wir einig und geschlossen dem hiesigen Unternehmertum gegenüber. (Lebhafter Beifall.) — Ein Arbeitswilliger der Firma Laug, namens Werner, gab die Erklärung ab, daß er keine briefliche Order bekommen habe, die Arbeit niederzuliegen und daß er in den Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht aufgenommen würde. (Diese briefliche Order war am Montag nachmittag in der Wohnung des Werner von der Post abgegeben worden. Als vor der Besammlung.) Dann sprach Böhmert vom Industriearbeiterverband. Er sammelte sein Sprüchlein laut- und kraftlos herunter. Schulte vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zeigte den Industriearbeiterverbändlern, daß sie auch schon bei der Frage der Lohnschleifereien einen anderen Standpunkt eingenommen haben als früher. Der Redakteur Ern vom Stahlwarenarbeiter, dem eine sachliche Diskussion vollständig unmöglich ist, erging sich nur in persönlichen Gesässigkeiten. Von ihm etwas anderes zu erwarten, fällt auch keinem Menschen in Solingen ein. — Nachdem die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes den Saal verlassen hatten, wurde eine „Resolution“ angenommen, die sich in den Hauptpunkten des Führers des Industriearbeiterverbandes bewegt. Aber diese Versammlung wird auch dem letzten, der da glaubte, daß mit den Führern des Industriearbeiterverbandes in eine sachliche Diskussion eingetreten werden könne, gezeigt haben, daß dies nicht möglich ist. Die Zeit, die wir da verwenden, kann auch besser ausgenutzt werden; statt ein Edeß und dieses Geschimpf anzuhören, wollen wir an der Aufklärung der Arbeiterschaft und an der Verbesserung ihrer Lebenslage arbeiten. — Auf die Bekämpfung der Bärenställe werden wir noch zurückkommen.

Rundschau.

Der Kampf gegen den Arbeitsnachweis der Leipziger Metallindustriellen

hat mit einem Siege unserer Leipziger Kollegen geendet. Aus faktischen Gründen war von unseren Leipziger Kollegen nicht die Befreiung des Arbeitsnachweises selbst, sondern nur die Befreiung der Mitglieder verlangt worden. Damit sollte selbstverständlich unsere prinzipielle Stellung zu den Unternehmer-Arbeitsnachweisen in keiner Weise eingeschränkt werden. In der Versammlung, die unsere Leipziger Kollegen am 29. Juli abhielten (siehe Nr. 32 der Metallarbeiter-Zeitung Seite 252) waren unter anderem Beschlüsse dahin gefaßt worden, zu fordern:

1. Zusicherung anständiger Behandlung der Arbeitssuchenden.
2. Befreiung der Sperre über Arbeiter nach Beendigung von Streiks.
3. Durchführung des früheren Zustandes, nach dem der Arbeiter, bevor er den Arbeitsnachweis ausfüllt, sich in einem solchen Betriebe Arbeit beschaffen kann, wo er sie seinen Wünschen entsprechend vorfindet und nicht gezwungen ist, eine ihm nicht zuzugewandene Arbeitsgelegenheit anzunehmen, wenn er nicht befürchtet wird, deshalb vom Arbeitsnachweis ausgeschlossen zu werden.
4. Gewährung ausreichender Garantien, daß die in den Punkten 1 bis 3 geforderten Änderungen sofort und strikte durchgeführt werden.

Außerdem war über Leipzig die Sperre für die meisten Branchen der Metallarbeiter verhängt worden. Auch der Arbeitsnachweis der Unternehmer war gesperrt worden. Diese Maßregeln würden so, daß sich der Leipziger Metallindustriellen-Verband an den Gesamt-

verband der Metallindustriellen um Hilfe wandte und ihn zu bestimmen versuchte, eine Aussperrung von Metallarbeitern in großem Umfange vorzunehmen. Der „Gesamtverband“ hat nach Beilegung des Kampfes auf den Seeschiffswerften die Leipziger Differenzen beraten und ist zu dem Entschluß gekommen, mit Vertretern unseres Verbandes zu verhandeln. Auf die Einzelheiten dieser Verhandlungen brauchen wir nicht einzugehen. Der „Gesamtverband“ unterbreitete dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands folgende Zugeständnisse:

1. Eine anständige Behandlung der Arbeitssuchenden in der Arbeitsnachweiskstelle durch die abfertigen Beamten ist diesen Beamten zur Pflicht gemacht; Herr Birnbaum wurde durch den erfahrenen, älteren Herrn Gwardt ersetzt.
 2. Es bestehen keine Beschlüsse, durch welche die Einstellung der Streikenden nach Beendigung eines Ausstandes verhindert wird. Es sollen auch in Zukunft Streikende nach Beendigung der Differenzen dem Bedarf entsprechend wieder eingestellt werden.
 3. Es ist ein Irrtum, wenn die Arbeiter annehmen, daß an dem früheren Zustand etwas geändert worden ist. Bis jetzt war es den Arbeitern gestattet, sich ausnahmsweise ohne vorherige Benutzung der Arbeitsnachweiskstelle in den Verbandsbetrieben Arbeit zu suchen; es liegt kein Beschluß vor, nach welchem dies in Zukunft geändert werden soll.
 4. Es ist eine Beschwerekommission aus zwölf Verbandsmitgliedern unter Vorsitz des Herrn Fabrikbesitzer Schilbach, in Firma J. R. Schilbach, gebildet worden, welche jetzt und in Zukunft die ordnungsmäßige Geschäftsführung in der Arbeitsnachweiskstelle überwachen und Beschwerden der Arbeiter prüfen soll. Die Beschwerden der Arbeiter sind schriftlich beim jeweiligen Vorsitzenden der Kommission anzubringen.
- Die Leipziger Metallindustriellen hatten sich auch auf den Standpunkt des „Herrn im Hause“ gestellt, sie wollten mit unserm Verband nicht verhandeln. Dieses „Prinzip“ ist aber nun vom „Gesamtverband“ fallen gelassen worden, er hat seinen Leipziger Bezirksverband desavouiert.

Am 14. November nahmen die Leipziger Kollegen in einer zahlreich besuchten Versammlung zu den Zugeständnissen Stellung. Kollege Fromm referierte. Er teilte mit, daß die Unternehmer nunmehr die entscheidende Antwort gegeben hätten, daß die Leipziger Industriellen ihre Zugeständnisse durch den Sekretär des Gesamtverbandes der Metallindustriellen, Grabenstedt, dem Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes hätten übermitteln lassen und ging dann auf die einzelnen Punkte der gestellten Forderungen und die entsprechenden Punkte in der Antwort der Industriellen ein. Das Ziel sei erreicht, der Birnbaum sei ausgeschlossen, die Sperre beseitigt und die Möglichkeit geboten, Arbeit nach Fähigkeit und Leistung zu suchen. Die Beschwerekommission biete ferner die Möglichkeit, Mißstände einer Kritik zu unterziehen. Die Ortsverwaltung sei somit einstimmig der Auffassung, daß die Kollegen mit den Zugeständnissen zufrieden sein können, und er empfahl deshalb deren Annahme. Notwendig sei aber, daß die Kollegen nach der Annahme der Zugeständnisse bemüht seien, auf die arbeitssuchenden Metallarbeiter einzuwirken, sich auf dem Arbeitsnachweis entsprechend zu bewegen, um den Industriellen jeden Vorwand für eine Kritik zu nehmen. Wichtig sei ferner, daß die Beschwerden vor Einreichung bei der Kommission im Verbandsbureau mitgeteilt werden, um den Kollegen dabei behilflich zu sein und sie als Material zu sammeln. Hervorheben wolle er noch, daß das Ziel nur durch die erfreuliche Opferwilligkeit und Disziplin der Kollegen erreicht worden sei; nunmehr gelte es, die Organisation zu stärken, um für kommende Kämpfe gemappnet zu sein. Der Referent wies noch darauf hin, daß auch in diesem Kampfe von anarchistischer Seite versucht worden sei, einen Keil in die Bewegung zu treiben, glücklicherweise ohne Erfolg. Am Eingang des Volkshauses sei der Sonderabdruck eines Artikels aus dem Anarchist verbreitet worden, der die gewerkschaftsfeindliche Tätigkeit der Anarchisten trefflich charakterisierte. — In der Diskussion drückten einige Redner ihre Unzufriedenheit über den Ausgang des Kampfes aus. Bezirksleiter Paack wies darauf in längeren Ausführungen nochmals auf die gestellten Forderungen und Zugeständnisse hin, die den Forderungen völlig entsprächen. Schließlich wurden die Zugeständnisse von der riesigen Versammlung einstimmig angenommen. Damit sind alle Beschlüsse, die in bezug auf den Kampf um den Arbeitsnachweis gefaßt worden sind, erledigt. Die Sperre über Leipzig ist aufgehoben. Gesperrt bleiben nur noch wegen fortbestehender Differenzen die Firmen Kahlke, Deutsche Kugellagerfabrik und Reinhard.

Der Vorsitzende Probst schloß darauf nach einer kurzen anfeuernden Ansprache die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband, in das die Versammelten stürmisch einstimmten.

Die Redaktion der Schmiede-Zeitung

hat auf unsere Notiz in Nr. 46 (Seite 387) betreffend die gewaltigen Heldsummen, die der Schmiedeverband in der letzten Zeit ausgegeben hat, in ihrer folgenden Nummer noch kein Wort der Erwiderung gefunden, offenbar, weil der letzte Satz der genannten Notiz ihr ein wenig fatal ist. Dagegen hat sie aus derselben Nummer glücklich etwas anderes herausgefunden, nämlich, daß wir ein Urteil des liberalen Schmelzfabrikanten Manz über die Welken zitiert haben. Dieses Urteil ist in einem im Jahre 1908 im Verlag der Hilfe erzieltenen Arbeiter-Jahrbuch für 1909 enthalten. Der Artikel von Manz war feinerzeit als Belegzettel nebst empfehlendem Hinweis auf dieses „Arbeiter-Jahrbuch“ an die Arbeiterpresse verteilt worden und etliche Blätter waren darauf heringefallen, unter anderem die Schmiede-Zeitung. Wir weisen darauf in Nr. 3 der Metallarbeiter-Zeitung von 1909 nach, daß dieses „Arbeiter-Jahrbuch“ Hirsch-Dundersche zu Urhebern hatte und erlauben uns natürlich einige Bemerkungen darüber, daß es Arbeiterblätter gibt, die sich leicht hincinlegen lassen, daß sie für Hirsch-Dundersche Propagandamittel Klame machen. Die von uns bei dieser Gelegenheit genannten Blätter waren so vernünftig, nichts zu erwidern. Eine Ausnahme machte jedoch die Schmiede-Zeitung, die in dem späten Beiraten, auf jeden Fall das letzte Wort zu haben, in unwürdiger Weise antwortete. Diesen schönen Triumph haben wir der Redaktion der Schmiede-Zeitung damals von Herzen gegönnt. Der Artikel von Manz ist ferner in verschiedenen Zeitchriften in Artikeln über die Welken öfters zitiert worden, und dies bloße Zitieren, ohne daß dabei zugleich für das Hirsch-Dundersche Produkt Klame gemacht wurde, haben wir allerdings für unbedenklich gehalten, für ja unbedenklich, daß wir das Zitat nicht heranzuziehen, als es auch in einem Artikel eines Mitarbeiters der Metallarbeiter-Zeitung erschien. Daß dies sich wesentlich von dem unterscheidet, was die Redaktion der Schmiede-Zeitung feinerzeit mitgemacht hat, kann diese Redaktion nicht lassen und sie macht sich in ihrer Nr. 47 in einer Notiz Luft, die folgendermaßen schließt:

„Sonderbar, höchst sonderbar!“

Wir meinen ja auch, daß es mancherlei sonderbares gibt. Zu den sonderbarsten Dingen gehört jedoch die Redaktion der Schmiede-Zeitung.

Die Konkurrenzklause für gewerbliche Arbeiter.

Unter Konkurrenzklause versteht man bekanntlich eine vertragliche Abmachung zwischen Unternehmern und Angestellten oder Arbeitern, durch die sich diese verpflichten, nach dem Austritt aus dem Geschäft innerhalb einer bestimmten Frist in kein Konkurrenzunternehmen einzutreten. Für Angestellte gewerblicher Betriebe haben diese Verträge in § 133 ff. der Gewerbeordnung für Handlungsgesellen in den §§ 74 und 76 des Handelsgesetzbuchs ihre Regelung gefunden. Die betreffenden Angestellten bemühen sich seit Jahren um eine bessere Ausgestaltung dieser Bestimmungen und sie haben selbst beim Bundesrat ein gewisses Entgegenkommen gefunden, ein Beweis dafür, daß die Zustände der Wohlfeil bedürftig sind. Soweit die Angestellten nicht grundsätzliche Gegner der Konkurrenzklause sind, erheben sie eine wesentliche Einschränkung derselben und die Abhängigmachung der Klause davon, daß der Prinzipal nach dem Austritt oder der Entlassung ganz oder teilweise zur Fortzahlung

des Gehalts für die Sperrfrist verpflichtet sein soll. In diesem Sinne liegt eine Vorlage des Bundesrats vor, die der Begutachtung unterworfen wird.

In der württembergischen Zentralfstelle für Handel und Gewerbe wurde der Vorlage mit geringen Änderungen dem Sinne nach zugestimmt, nachdem die von den Arbeitgebervertretern geforderte gänzliche Beseitigung und die Höchstdauer der Verträge bis zu einem Jahre abgelehnt worden war.

Einseitiger erwies sich in dieser Richtung das Stuttgarter Gewerbegericht, das in seiner letzten Sitzung einen solchen Vertrag als gegen die guten Sitten verstoßend für ungültig erklärte.

Berliner Gewerbegerichtswahlen.

Sonntag den 13. Oktober wurden in Berlin die Arbeiter-Beisitzer zum Gewerbegericht neugewählt. Es waren vier verschiedene Listen aufgestellt worden, und zwar Liste I von den Gewerkschaften, Liste II von den „Christlich-Nationalen“, Liste III von den Wissenschaftlern und Liste IV von den „Hirsch-Dunderländen“.

Vom Ausland.

Osterreich.

In den letzten Jahren hat sich in Osterreich ebenso wie in Deutschland die Unternehmerorganisation stark entwickelt. Die Unternehmer wurden dadurch in die Lage versetzt, den Forderungen der Arbeiter mit verstärkter Macht entgegenzutreten zu können.

Über den Arbeitsvertrag referierte der Generalsekretär der Wiener Kammerarbeitgeber, Edgar Ritter v. Penzig-Franz. Er erklärte sich gegen die Abschaffung des Arbeitsbuchs, des Stundenscheins, den die österreichischen Arbeiter noch immer Zeit ihres Lebens mit sich herumtragen müssen.

Über die Arbeitszeit referierte der Mitbestimmte Fabrikant Friedrich Schaper. Er hielt eine abgemessene Rede gegen die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Fabrikante brauchen jetzt eine Pause, innerhalb der sie sich - was heute doch - von den sozialpolitischen Forderungen der letzten Jahre erholen können.

Die Forderungen des Fabrikantenkongresses werden in der Arbeiterpresse sehr lebhaft behauptet. Allgemein weiß man davon, daß bei der Kürzung der Arbeitszeit, die die Fabrikanten oft erheben, heftige Zusammenstöße untereinander sein würden.

gann die von den Unternehmern längst vorbereitete und beschlossene partielle Absperrung. In einem Zirkular an die einzelnen Unternehmer kündigte das Meisterkomitee an, daß man noch bis zum 12. November warten werde.

Diese Erklärungen sollen der Unternehmerorganisation eingeschickt werden, damit diese dann Beschluß faßt, in welcher Weise die metterfreundlichen Gehilfen vor dem Terrorismus der Genossen zu schützen wären.

Literarisches.

Grundbegriffe der Politik. Von Friedrich Stampfer. Lieferung 1. Komplet in 10 Lieferungen à 25 J. Gebunden liegt das Werk Ende November zum Preis von 3 M. vor.

Ist die Welt bewohnt? Eine Darstellung der Frage nach der Bewohnbarkeit anderer Weltkörper auf Grund unseres jetzigen Wissens von der Natur derselben und von Leben. Von Felix Vinko.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(E. S. 29 Hamburg).

Abrechnung der Hauptkasse pro Oktober 1910.

Table with columns for locations (e.g., Anber 200, Hamburg 200) and amounts. Includes sub-sections for 'Einnahmen' and 'Ausgaben'.

Nach Altona I 200. Bremen 100. ... Nach Altona I 200. Bremen 100. ... Summa: 51 973,74 M.

Table with columns for 'Einnahmen', 'Ausgaben', 'Mehreinnahmen', 'Raffensbestand' and corresponding amounts.

Verbands-Anzeigen

Large section containing various notices from trade unions and associations, including meeting dates and locations like 'Mitglieder-Veranstaltungen' and 'Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen'.

Private advertisements (Privat-Anzeigen) including notices for a 'Schleifer' (grinder) and a 'Rechner' (calculator).